

bericht 2025 Geschäftsbericht Geschäftsb

Auf einen Blick

ÖRAG RECHTSSCHUTZVERSICHERUNGS-AG

- Die gebuchten Bruttobeiträge liegen im Geschäftsjahr mit 476.972 T€ deutlich über dem Vorjahr (+6,5 %).
- Die bilanzielle Schadenquote (brutto) sinkt von 59,0 % auf 58,5 %.
- Die Betriebskostenquote entspricht dem Wert des Vorjahres 13,9 %.
- Die Schaden-/Kostenquote (brutto) sinkt auf 97,1 % (Vj.: 97,5 %).
- Das versicherungstechnische Ergebnis (brutto) steigt auf 13.819 T€ (+23,6 %).
- Das Kapitalanlagenergebnis legt mit +3,4 % auf 12.854 T€ zu.
- Der Jahresüberschuss i.H.v. 8.050 T€ übertrifft das Vorjahr (+6,6 %).

Drei-Jahres-Übersicht

	2025		2024		2023	
	T€	%	T€	%	T€	%
1 Beiträge						
Gebuchte Bruttobeiträge	476.972		447.851		423.330	
Veränderung der gebuchten Bruttobeiträge im Vergleich zum Vorjahr	29.120	6,5	24.521	5,8	-415	-0,1
Verdiente Bruttobeiträge	471.986		444.601		422.611	
2 Aufwendungen für Versicherungsfälle						
Bruttoschadenaufwand Gj.-Schäden	363.890		324.652		304.833	
Bruttoschadenquote Gj.-Schäden (in % der verdienten Beiträge)		77,1		73,0		72,1
Bruttoschadenaufwand gesamt	276.177		262.503		260.778	
Bilanzielle Bruttoschadenquote (in % der verdienten Beiträge)		58,5		59,0		61,7
Bruttoschadenzahlungen gesamt	236.993		235.738		221.402	
Bruttozahlungsquote einschließlich Schadenregulierungskosten (in % der verdienten Beiträge)		50,2		53,0		52,4
3 Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb						
Bruttoaufwand	181.768		170.827		155.306	
Bruttokostenquote (in % der verdienten Beiträge)		38,5		38,4		36,7
4 Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	11.865		9.709		5.543	
5 Kapitalanlagen						
Kapitalanlagenbestand	911.740		883.196		848.765	
Kapitalanlagenergebnis	12.854		12.426		10.439	
Nettorendite		1,4		1,4		1,2
6 Nichtversicherungstechnisches Ergebnis (einschließlich Steuern)	-3.816		-2.156		4.155	
7 Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	13.447		12.994		13.726	
8 Außerordentliches Ergebnis	0		0		-45	
9 Jahresüberschuss	8.050		7.553		9.698	

INHALT

GESELLSCHAFTSORGANE	
Aufsichtsrat	6
Beirat	6
Vorstand	7
GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT	
Unternehmensstruktur	8
LAGEBERICHT	
Wirtschaftsbericht	14
Prognose-, Chancen- und Risikobericht	22
JAHRESABSCHLUSS	
Jahresbilanz zum 31.12.2025	38
Gewinn- und Verlustrechnung	40
ANHANG	
Bilanzierungsregeln	42
Erläuterungen der Bilanz (Aktiva)	48
Erläuterungen der Bilanz (Passiva)	53
Erläuterung der Gewinn- und Verlustrechnung	56
Allgemeine Angaben	57
GEWINNVERWENDUNGSVORSCHLAG	
Gewinnverwendungsvorschlag	60
BERICHT	
Bericht des Aufsichtsrats	61
BESTÄTIGUNGSVERMERK	
Bestätigungsvermerk	62

Wir weisen darauf hin, dass Rundungsdifferenzen zu den mathematisch genau gerundeten Werten auftreten können.

ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG, Hansaallee 199, 40549 Düsseldorf, Registergericht Düsseldorf HRB 12073

GESELLSCHAFTSORGANE

AUFSICHTSRAT

Vorsitzender

DR. WOLFGANG BREUER
Vorsitzender des Vorstands der
Provinzial Holding AG

Stellvertretender Vorsitzender

PROF. DR. FRANK WALTHERS
Vorsitzender des Vorstands der
Versicherungskammer Bayern
(bis 24.06.2025)

KLAUS LEYH
Mitglied des Vorstands der
Versicherungskammer Bayern
(ab 25.06.2025)

Mitglieder

DR. ANDREAS JAHN
Vorsitzender des Vorstands der
SV SparkassenVersicherung Holding AG

FRANK SCHAAR
Vorsitzender des Vorstands der
Deutsche Rückversicherung AG
(bis 24.06.2025)

GUIDO SCHAEFERS
Mitglied des Vorstands der
Provinzial Holding AG
(bis 12.02.2025)

PATRIC FEDLMEIER
stellvertretender Vorsitzender des Vorstands
der Provinzial Holding AG
(ab 24.06.2025)

STEFANIE SCHLICK
Vorsitzende des Vorstands der
Sparkassen-Versicherung Sachsen

DIETER PAUELS*
Mitarbeiter IT-Services
ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG

PETRA BLANKENSTEIN*
Arbeitssicherheitskoordinatorin
ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG

BEIRAT

Vorsitzender

DR. WOLFGANG BREUER
Vorsitzender des Vorstands der
Provinzial Holding AG

Stellvertretender Vorsitzender

PROF. DR. FRANK WALTHERS
Vorsitzender des Vorstands der
Versicherungskammer Bayern
(bis 24.06.2025)

KLAUS LEYH
Mitglied des Vorstands der
Versicherungskammer Bayern
(ab 25.06.2025)

Mitglieder

ACHIM BOSCH
Mitglied des Vorstands der
Deutsche Rückversicherung AG
(bis 24.06.2025)

DIRK DANKELMANN
Mitglied des Vorstands der Lippische
Landesbrandversicherung AG

PATRIC FEDLMEIER
stellvertretender Vorsitzender des Vorstands
der Provinzial Holding AG

DR. DIRK HERMANN
Vorsitzender des Vorstands der
SAARLAND Versicherungen

KATHARINA JESSEL
Mitglied des Vorstands der
Versicherungskammer Bayern

MARC KNACKSTEDT
Vorsitzender des Vorstands der
Öffentlichen Versicherung Braunschweig

DR. CHRISTIAN KRAMS
Vorsitzender des Vorstands der
Bavaria Direkt Versicherung AG
(ab 25.06.2025)

SILKE WINKLER*
Sachbearbeiterin Produkt- und Bestands-
management
ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG
*Arbeitnehmersvertreter im Aufsichtsrat.

MICHAEL MEIERS
Mitglied des Vorstands der
SV SparkassenVersicherung Holding AG

DR. JENS PIORKOWSKI
Abteilungsleiter Verbund
Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.

MARKUS REINHARD
Mitglied des Vorstands der
SV SparkassenVersicherung Holding AG

DR. FREDERIC ROSSBECK
Vorsitzender des Vorstands der
Feuersozietät Berlin Brandenburg
Versicherung AG

DR. MIRKO MEHNERT
Mitglied des Vorstands der
Sparkassen-Versicherung Sachsen

KATHARINA STECHER
Vorsitzende des Vorstands der
GVV Kommunalversicherung VVAG

THOMAS WEISS
Vorsitzender des Vorstands der
Ostfriesische Landschaftliche Brandkasse

ANDREAS ZIMMER
Mitglied des Vorstands der ÖSA –
Öffentliche Versicherungen Sachsen-Anhalt

VORSTAND

Vorsitz

MARCUS HANSEN
Ressortzuständigkeiten: Vertrieb, Marketing & Kommunikation, Strategische Konzernentwicklung inkl. Innovationsmanagement, Finanzen/Kapitalanlage, Aktuariat/VMF/Rückversicherung, Recht & Compliance, Personal, Revision, Beteiligungen (kommissarisch)

Mitglied

PATRICIA KÖRNER
Ressortzuständigkeiten: Produkte Rechtsschutz, Bestand Rechtsschutz, IT, Schaden Rechtsschutz (kommissarisch), Konzernorganisation & Zentrale Dienste (kommissarisch)

Unsere Unternehmensstruktur

– bis 17.12.2025 –

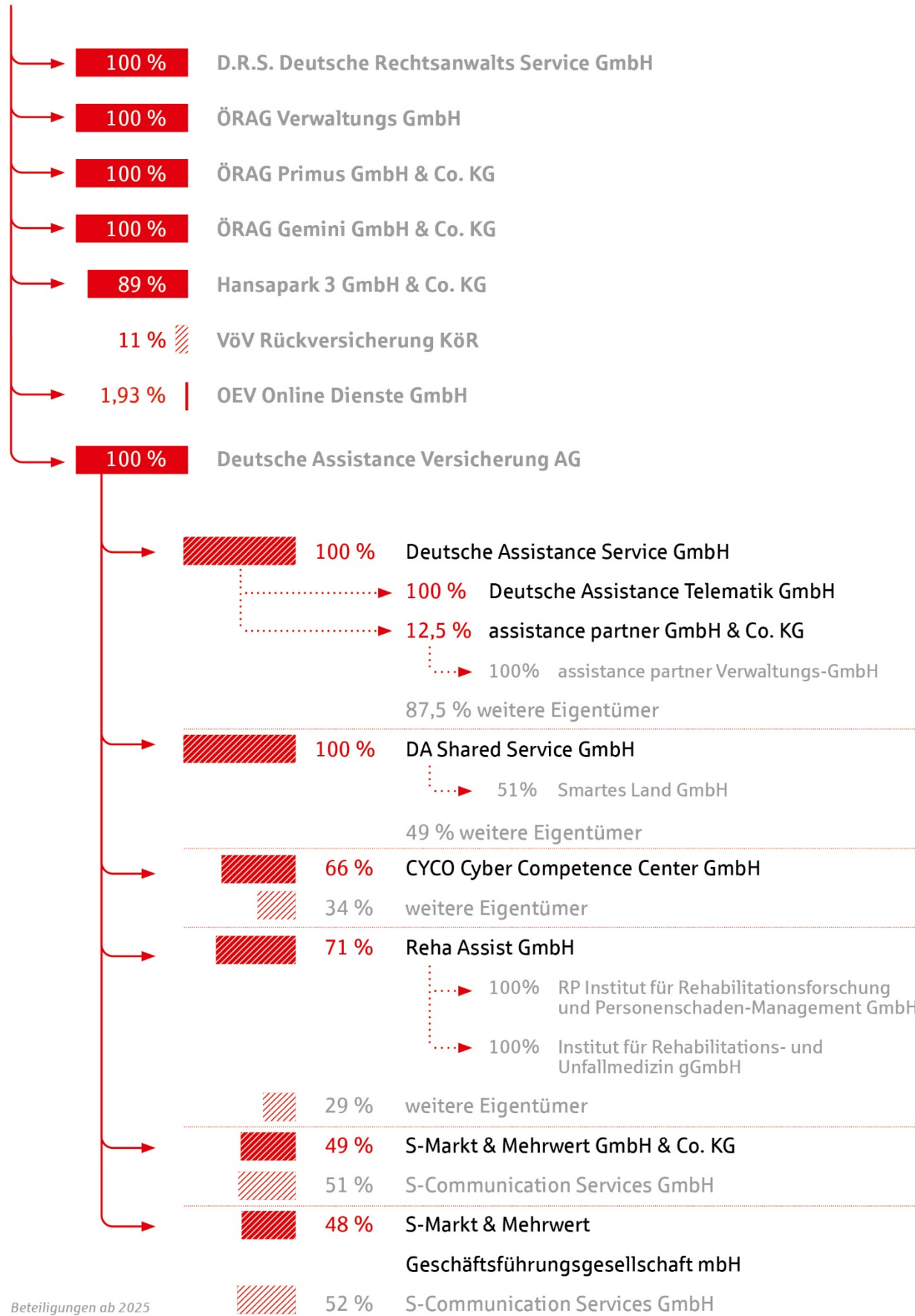
Legende

- unmittelbare Beteiligung
- mittelbare Beteiligung
- ▨ weitere Eigentümer
- ▤ Anteilseigner an ÖRAG



*vormals: Bavaria Versicherungs-Vermittlungs-GmbH

ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG



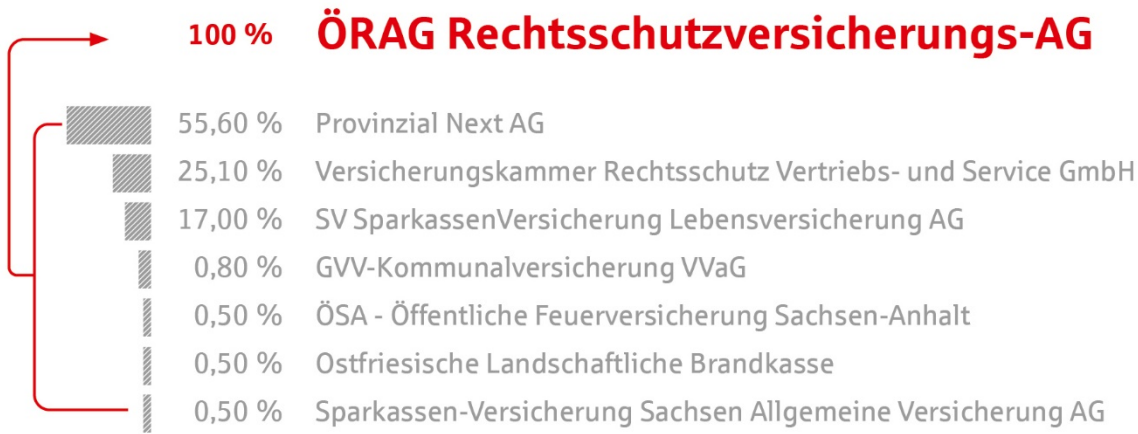
Beteiligungen ab 2025

Unsere Unternehmensstruktur

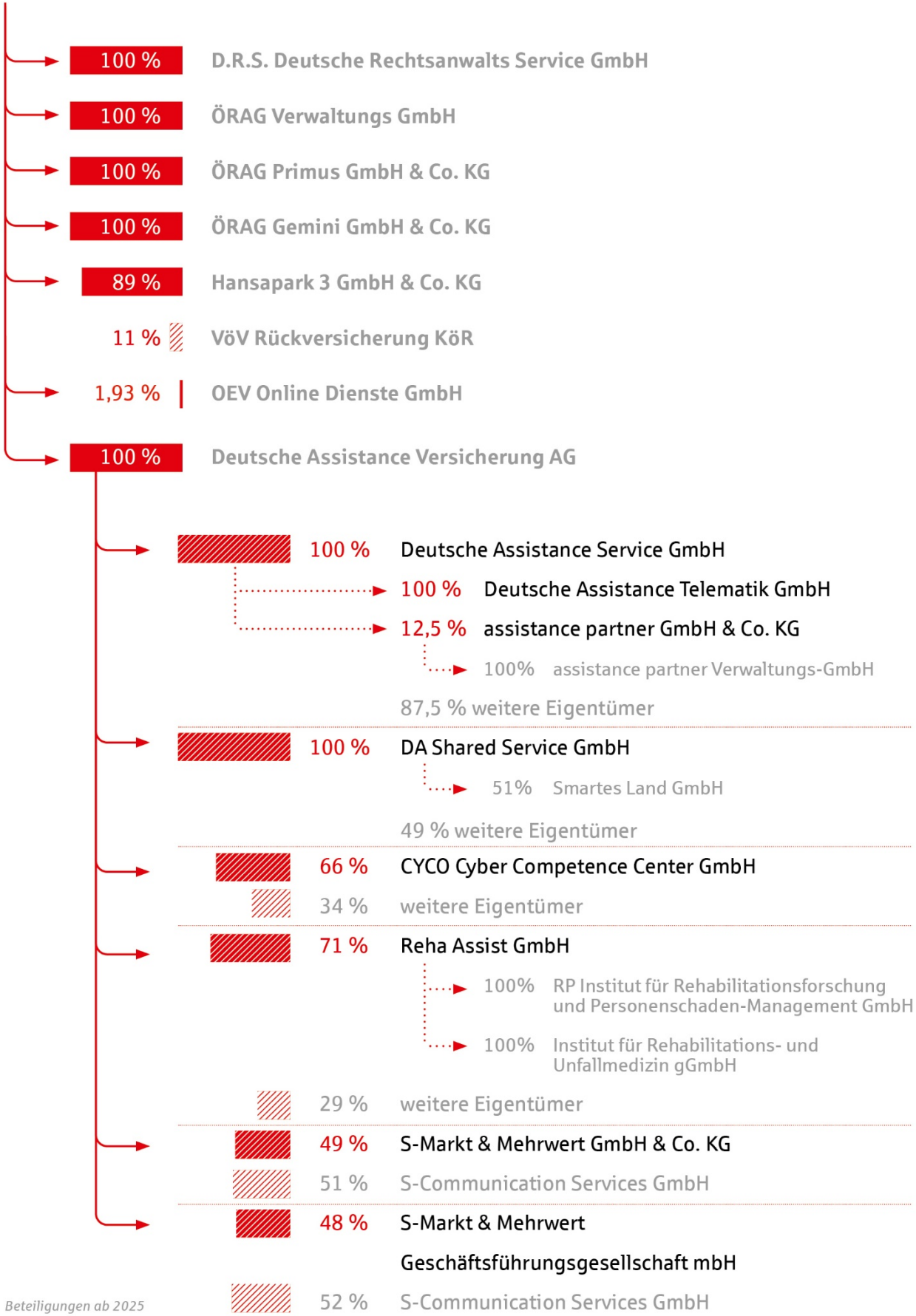
– ab 18.12.2025 –

Legende

- unmittelbare Beteiligung
- mittelbare Beteiligung
- ▨ weitere Eigentümer
- ▤ Anteilseigner an ÖRAG



ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG



Beteiligungen ab 2025

Lagebericht

Lage

Wirtschaftsjahr 2025

Geschäftsmodell der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG

Die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG ist ein Versicherungsunternehmen, das seinen Kunden modulare Rechtsschutzbausteine bietet. So lässt sich der private Versicherungsschutz für die Bereiche Privat, Verkehr, Haus und Wohnung sowie Beruf an die individuelle Lebenssituation der Kunden anpassen und kombinieren. Vergleichbare Lösungen bietet die ÖRAG auch für Firmenkunden, wobei insbesondere das Tätigkeitsfeld der Unternehmen und Betriebe berücksichtigt wird. Die ÖRAG ist die gemeinsame Partnerin für Rechtsschutzversicherungen der Gruppe öffentlicher Versicherer und der Sparkassen-Finanzgruppe. Den Vertrieb der Produkte übernehmen die Vertriebspartner der Versicherungsunternehmen und die Sparkassen.

Das Wirtschaftsjahr in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft ist 2025 nach zuvor zwei Rezessionsjahren in Folge wieder leicht gewachsen. Laut Statistischem Bundesamt (Destatis) stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 %. „Das Wachstum ist vor allem auf die gestiegenen Konsumausgaben der privaten Haushalte und des Staates zurückzuführen“, erklärte die Präsidentin der Behörde, Ruth Brand.

Schon jetzt sei die Investitionsschwäche weiter ersichtlich, sagte Destatis-Präsidentin Brand. Die Sonderausgaben für Straßen und Schienen sowie die Verteidigung konnten die Wirtschaftsleistung insgesamt zwar stützen. Sowohl in Ausrüstungen als auch Bauten sei aber weniger investiert worden.

Gegensätzlich zur verbesserten generellen Wirtschaftslage nahmen die Exporte 2025 im dritten Jahr in Folge ab, sie gingen um 0,3 % zurück. „Die Exportwirtschaft sah sich heftigem Gegenwind ausgesetzt durch die höheren US-Zölle, die Euro-Aufwertung und die stärkere Konkurrenz aus China“, sagte Brand.¹

In Deutschland ist die Zahl der Erwerbstätigen im vergangenen Jahr erstmals seit der Corona-Pandemie nicht mehr gestiegen. Laut einer ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes waren 2025 rund 46,0 Mio. Menschen erwerbstätig. Das waren 5.000 Personen weniger als 2024. In dem Jahr hatte es so viele Erwerbstätige wie noch nie seit der Wiedervereinigung 1990 gegeben. Damit ist der seit 2021 anhaltende Positivtrend zu Ende gegangen. Zuletzt hatte es im Corona-Jahr 2020 einen Rückgang gegeben.²

Im Gesamtjahr 2025 zogen die Kosten für die Lebenshaltung um durchschnittlich 2,2 % an. In diesem Tempo sind die Verbraucherpreise bereits 2024 gestiegen. Für das neue Jahr prognostiziert das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) einen Rückgang auf 1,8 %. Entlastet werden die Verbraucher dann etwa durch den Wegfall der Gasumlage und geringere Netzentgelte. Nach Prognose des ifo-Instituts dürfte die Teuerungsrate dagegen bei 2,2 % in diesem Jahr und bei 2,3 % 2027 liegen.³

Das Wirtschaftsjahr im Rechtsschutzmarkt

Laut GDV veränderten sich die gebuchten Bruttobeiträge im Rechtsschutzmarkt um +6,0 % auf 5,6 Mrd. € (Vj.: 5,3 Mrd. €). Die Anzahl an Rechtsschutzverträgen veränderte sich um +1,0 % auf 26,0 Mio. Stück (Vj.: 25,7 Mio. Stück). Für die Combined Ratio weist der GDV im Jahr 2025 einen Anstieg aus. Sie steigt von 91,9 % im Jahr 2024 auf 94,0 % im aktuellen Berichtsjahr.⁴

Das Wirtschaftsjahr im Kapitalmarkt

Das Jahr 2025 am Kapitalmarkt war geprägt von einer anhaltenden Dynamik in den Aktienmärkten, gemischten Signalen im Anleihebereich und erneut hoher Aufmerksamkeit für Gold als alternativen Anlagewert. Während globale Aktienindizes weitere deutliche Gewinne verbuchten und in vielen Regionen neue Jahres- oder sogar mehrjährige Höchststände erreichten, zeigte sich die Entwicklung in den festverzinslichen Segmenten differenzierter.

Die Aktienmärkte setzten ihren Aufwärtstrend fort und erreichten in zahlreichen Regionen hohe Performancelevel. Besonders europäische Leitindizes konnten ein kräftiges Jahresplus verzeichnen und erzielten das beste Börsenjahr seit geraumer Zeit. Auch in den USA schlossen die großen Indizes nahe oder auf neuen Rekordständen, unterstützt durch robuste Konjunkturdaten, starke Gewinnberichterstattungen und fortgesetzte Investitionen in Schlüsseltechnologien wie künstliche Intelligenz. Schwellenländer entwickelten sich ebenfalls positiv, wenngleich mit unterschiedlichen regionalen Ausprägungen. Insgesamt zeigten globale Aktienindizes im Jahresverlauf durchgehend eine starke Performance, wenn auch mit zeitweiligen Phasen erhöhter Volatilität, insbesondere im Zuge des so genannten „Liberation Day“ und der damit einhergehenden Zollankündigungen der US-Regierung.

Die Entwicklung an den Anleihemärkten war im Jahr 2025 von divergierenden Einflüssen geprägt. Zwar verbesserten sich in einigen Segmenten die Risikoprämien, insbesondere bei Unternehmensanleihen im Investment-Grade- und Hochzinsbereich, doch suchten viele Anleger weiterhin nach attraktiven Renditechancen, was zu Bewegungen entlang der Zinskurve führte. Die Zentralbanken setzten ihre Politik der geldpolitischen Anpassung fort: In einigen Regionen kam es zu weiteren moderaten Zinssenkungen, in anderen zu einer defensiven Ausrichtung, um potenziellen Inflationsrisiken Rechnung zu tragen. Die Renditen langfristiger Staatsanleihen blieben volatil, da unterschiedliche makroökonomische Daten und politische Ereignisse die Erwartungen an den Zinsverlauf beeinflussten.

Gold zeigte im Jahr 2025 erneut seine defensiven Eigenschaften. Der Edelmetallpreis profitierte von einer robusten Nachfrage seitens institutioneller Investoren und Zentralbanken, die Gold als Diversifizierungs- und Absicherungsinstrument in einem Umfeld anhaltender geopolitischer und wirtschaftlicher Unsicherheiten verstärkt nachfragten. Dieses Umfeld trug dazu bei, dass der Goldpreis im Jahresverlauf weiterhin solide stand und seinen Ruf als sicherer Hafen bestätigte.

Insgesamt ließ sich das Jahr 2025 als weiteres Jahr mit positiven Kapitalmarktentwicklungen charakterisieren: Aktien dominierten erneut die Performance-Rangliste, Anleihen zeigten eine gemischte, aber nicht fundamental schwache Entwicklung, und Gold spielte seine Rolle als stabilisierender Baustein in diversifizierten Portfolios aus. Die Märkte reagierten auf eine Mischung aus makroökonomischen Impulsen, geldpolitischen Entscheidungen und geopolitischen Spannungsfeldern – ein Spiegelbild der Komplexität der globalen Kapitalmarktlandschaft im Berichtsjahr.

Hinweis zum Lagebericht

Gemäß gesetzlicher Vorschriften ist im Lagebericht eine Angabe zur Erklärung zur Unternehmensführung angegeben. Diese Angabe ist sachlogisch vollumfänglich nicht seitens des Wirtschaftsprüfers testierfähig, insofern bezieht sich der beigefügte Bestätigungsvermerk nicht auf die unter der genannten Teilüberschrift aufgeführten Informationen.

¹ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/wirtschaft-bip-2025-gewachsen-100.html>.

² <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/arbeitsmarkt/erwerbstaetige-2025-100.html>.

³ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/inflation-deutschland-202.html>.

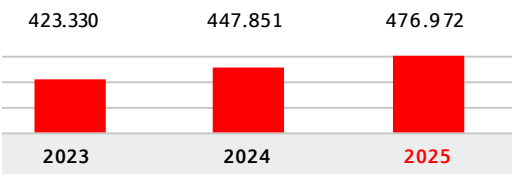
⁴ <https://www.gdv.de/gdv/statistik/jahresmedienkonferenz-zahlen-und-daten> (Hochrechnung auf Basis III.Quartal 2025)

Beitragseinnahmen

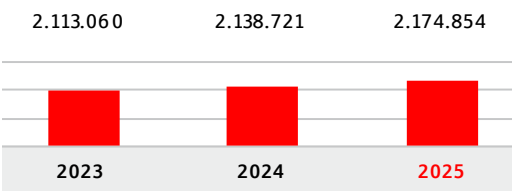
Die Steigerung der Beitragseinnahmen entsprach im Berichtsjahr der Erwartung. Die gebuchten Bruttobeiträge lagen mit 476.972 T€ um 29.121 T€ über dem Vorjahresniveau (Vj.: 447.851 T€).

Unsere Kundenbasis konnte weiter ausgebaut werden. Der Vertragsbestand liegt mit 2.174.854 Verträgen um 36.133 Verträge über dem Vorjahr (2.138.721).

Die Stornoquote betrug 2025 auf Basis der Stückzahlen 7,1 % (Vj.: 7,2 %) und auf Basis der Beiträge 8,2 % (Vj.: 8,2 %).



Entwicklung der gebuchten Bruttobeitragseinnahmen in T€.



Entwicklung der Anzahl der Rechtsschutzversicherungsverträge in Stück.

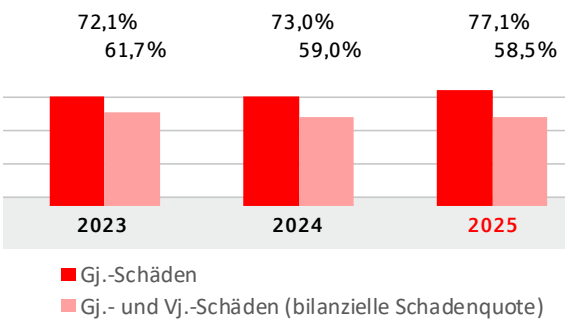
Schadenverlauf

Die Zahl der im Berichtsjahr gemeldeten Schäden sank von 471.950 (2024) um 59.582 (-12,6 %) auf 412.368. Ab dem Berichtsjahr wird die Anzahl der telefonischen Rechtsberatungen in die gemeldeten Schäden mit einbezogen.

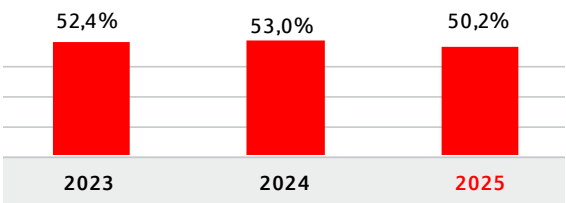
Für Versicherungsfälle des Geschäftsjahres hatte die Gesellschaft an Zahlungen und Rückstellungen 363.890 T€ brutto aufzuwenden. Dies ergibt eine leicht gestiegene Geschäftsjahresschadenquote von 77,1 % (Vj.: 73,0 %) des verdienten Bruttobeitrags.

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle beliefen sich auf insgesamt 276.177 T€. Damit ergibt sich eine bilanzielle Bruttoschadenquote von 58,5 %, die im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Prozentpunkte niedriger ausfiel. Die gestiegenen Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle des Geschäftsjahres führten bei einem gleichzeitig gestiegenen positiven Bruttoabwicklungsergebnis (2025: 87.713 T€; 2024: 62.149 T€) zu einer bilanziellen Bruttoschadenquote des Geschäftsjahres, die leicht unter dem Vorjahresniveau lag. Die bilanzielle Nettoschadenquote sank von 59,1 % im Jahr 2024 auf 58,7 % im Jahr 2025.

Die Bruttozahlungsquote (inklusive Schadenregulierungskosten) sank um 2,8 Prozentpunkte auf 50,2 % im Jahr 2025. An den Bruttozahlungen beteiligten sich die Rückversicherer 2025 (906 T€) in ähnlichem Umfang wie 2024 (1.231 T€). Hierdurch sank die Nettozahlungsquote (inklusive Schadenregulierungskosten) von 53,1 % im Jahr 2024 um 2,8 Prozentpunkte auf 50,3 % im Jahr 2025.



Entwicklung der Brutto-Schadenquoten (GJ und bilanziell) auf Basis der verdienten Bruttobeiträge in %.

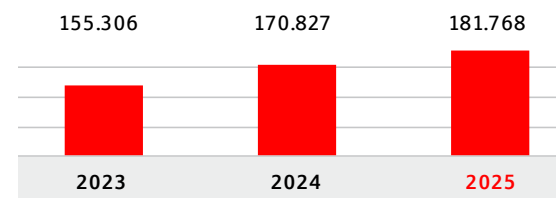


Entwicklung der Zahlungsquoten (brutto) auf Basis der verdienten Bruttobeiträge in %.

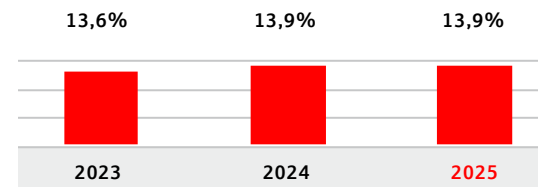
Kostenentwicklung

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb stiegen im Berichtszeitraum um 10.942 T€ (+6,4 %) auf 181.768 T€. Die Betriebskosten in Höhe von 65.456 T€ belasten den verdienten Bruttobeitrag mit 13,9 % (Vj.: 13,9 %).

Hierbei zeigt sich auch in den gestiegenen Provisionsaufwendungen (+9.509 T€) die erfreuliche Neugeschäfts- und Beitragsentwicklung. Die übrigen Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (Abschluss- und Verwaltungsaufwendungen) steigen um 1.433 T€, die Betriebskostenquote im Verhältnis zu den verdienten Bruttobeiträgen beläuft sich somit erwartungsgemäß auf 13,9 % und damit auf dem Niveau der Vorjahre.



Entwicklung der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (brutto) in T€.



Entwicklung der Betriebskostenquoten (brutto) auf Basis der verdienten Bruttobeiträge in %.

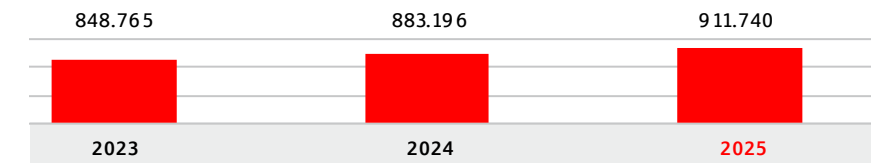
Kapitalanlagen

Im Berichtsjahr beträgt der Buchwert der Kapitalanlagen 911.740 T€ (+3,2 %). Der Anstieg beruht im Wesentlichen auf der zusätzlichen Platzierung von Termingeldern bei Kreditinstituten (16.000 T€). Zudem wurde das Darlehensvolumen an unsere Unternehmenstöchter erhöht (7.500 T€). Im Rahmen des Neubausprojekts „Twin Cubes“ – des neuen Campus Düsseldorf der Gemeinschaftsunternehmen der öffentlichen Versicherer – hatte die ÖRAG in 2022 einen 89%-Anteil an der Zweckgesellschaft Hansapark 3 GmbH & Co. KG erworben. Im Geschäftsjahr erfolgte eine Investition in Höhe von 41.652 T€ in die Gesellschaft.

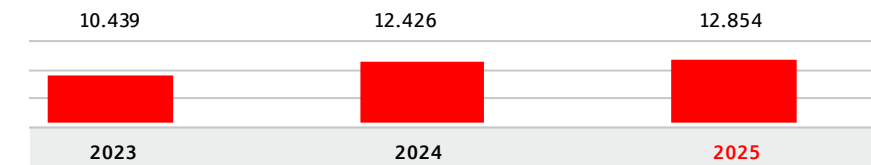
Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen beläuft sich auf 12.854 T€ (2024: 12.426 T€). Wesentlich beeinflusst wurde das Kapitalanlagenergebnis im Berichtsjahr durch die Ausschüttung des ÖRAG-Fonds (2025: 8.089 T€) und laufende Zinserträge (2025: 5.997 T€). Das Nettoergebnis ergibt sich aus den laufenden Erträgen aus anderen Kapitalanlagen (2025: 14.086 T€; 2024: 11.328 T€), den Aufwendungen aus Verlustübernahme mit verbundenen Unternehmen (2025: -176 T€; 2024: 2.146 T€) sowie Aufwendungen für Kapitalanlagen (2025: 1.056 T€; 2023: 1.048 T€).

Insgesamt beträgt die Nettorendite 1,43 % (2024: 1,41 %).

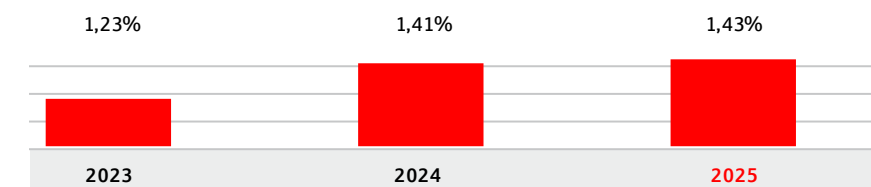
Die Kapitalanlagen weisen per saldo insgesamt stille Reserven in Höhe von 52.094 T€ auf.



Entwicklung des Kapitalanlagenbestands in T€.



Entwicklung des Kapitalanlagenergebnisses in T€.



Entwicklung der Nettorendite in %.

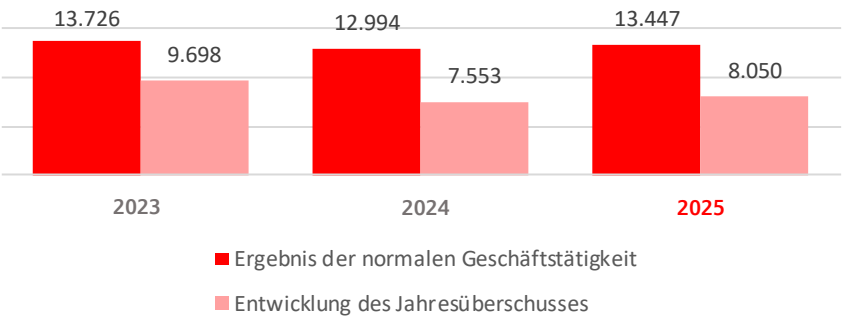
Geschäftsergebnis

Wesentliche finanzielle Leistungsindikatoren der Gesellschaft sind die Entwicklung der Bruttobeiträge, die Schaden- und Kostenquote sowie das Ergebnis aus Kapitalanlagen.

Das versicherungstechnische Nettoergebnis (11.865 T€) übertrifft hauptsächlich durch die gestiegenen verdienten Beiträge (+27.210 T€ zum Vorjahr) bei gleichzeitig gestiegenen Schadenaufwendungen (+13.982 T€ zum Vorjahr) und trotz gestiegener Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (+10.942 T€ zum Vorjahr) den Vorjahreswert (9.709 T€). Die gestiegenen sonstigen Aufwendungen (+2.513 T€ zum Vorjahr) führen trotz des leicht verbesserten Kapitalanlagenergebnisses (+428 T€ zum Vorjahr) insgesamt zu einem leicht geringeren nichtversicherungstechnischen Ergebnis in Höhe von -3.816 T€.

Die Steueraufwendungen vom Einkommen und Ertrag bleiben gegenüber dem Vorjahr (2025: 5.229 T€; 2024: 5.195 T€) nahezu auf gleichem Niveau, die sonstigen Steuern sinken nach einer Erstattung aus Vorjahren bei den Umsatzsteuern (2025: 168 T€; 2024: 246 T€) auf ein erwartetes Niveau.

Insgesamt ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 8.050 T€ (im Vj. 7.553 T€).



Entwicklung der Geschäftsergebnisse in T€.

Die Erfolgsrechnung führt zu folgendem Ergebnis:

	2025	2024
	T€	T€
Versicherungstechnische Rechnung		
Selbst abgeschlossenes Geschäft	11.794	9.311
In Rückdeckung übernommenes Geschäft	71	398
	11.865	9.709
Nichtversicherungstechnische Rechnung		
Erträge aus Kapitalanlagen	15.346	13.474
Aufwendungen für Kapitalanlagen	-2.492	-1.048
Kapitalanlagenergebnis	12.854	12.426
Sonstiges Ergebnis	-11.272	-9.140
Außerordentliches Ergebnis	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag, sonstige Steuern	-5.397	-5.441
	-3.815	-2.155
Jahresüberschuss	8.050	7.554
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	11.162	6.698
Einstellungen in die Gewinnrücklagen	0	0
Bilanzgewinn	19.211	14.252

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Personalstatistik

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2025 waren durchschnittlich 471 Mitarbeiter (Vj.: 463) bei der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG beschäftigt, davon in Vollzeit 356 (75,58 %) und in Teilzeit 115 (24,42 %). Die Krankheitsquote mit Kurz- und Langzeiterkrankungen ist von 5,8 % auf 5,09 % gesunken. Die Fluktuationsquote lag bei 6,36 % (Vj.: 6,9 %).

Beschwerdestatistik

Mit bedarfsgerechten Rechtsschutzbausteinen und der ausgeprägten Kundenorientierung des **MEIN-RECHT**-Service erzielten wir eine hohe Kundenzufriedenheit. Eingaben an die Geschäftsleitung, die Aufsichtsbehörde oder den Ombudsmann sowie Klagen gegen die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG lagen, bezogen auf die Vertragsanzahl, bei ca. 0,3 ‰ (wie im Vorjahr).

Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2026 geht die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG aus heutiger Sicht von weiterem Wachstum und einem erneuten Ausbau der Position im deutschen Rechtsschutzmarkt aus. Als Erfolgstreiber dürften sich dabei insbesondere die Zusammenarbeit im Finanzverbund sowie unser Produktportfolio bewähren.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Für das kommende Geschäftsjahr 2026 zeichnet sich vor dem Hintergrund der jüngsten globalen und nationalen konjunkturellen Daten ein moderater Aufschwung der deutschen Wirtschaft ab, nachdem die deutsche Volkswirtschaft in den Jahren 2023 und 2024 eine Phase der wirtschaftlichen Schwäche bzw. leichten Rezession hinter sich ließ. Nach vorläufigen Statistiken des Statistischen Bundesamtes konnte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2025 um rund 0,2 % bis 0,3 % wachsen, was auf erhöhte private und staatliche Konsumausgaben zurückgeführt wird und eine gewisse Stabilisierung anzeigt.⁵

Für 2026 erwarten führende Konjunkturforschungsinstitute und Wirtschaftsforschungsorganisationen ein deutlich positives Wirtschaftswachstum – wenn auch auf moderatem Niveau. So prognostiziert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ein reales BIP-Wachstum von etwa 1,3 %, wobei fiskalpolitische Impulse und staatliche Investitionsprogramme als wesentliche Wachstumsfaktoren gelten.⁶ Andere Prognosen – etwa von KfW Research oder privaten Wirtschaftsanalysten – bewegen sich in einem ähnlichen Bereich oder leicht darüber bzw. darunter, je nachdem, wie stark die Effekte der staatlichen Ausgabenprogramme und der globalen Nachfrage eingeschätzt werden.⁷

Die Arbeitsmarktentwicklung bleibt ein zentraler Indikator für die Konjunktur. Die Arbeitslosenquote ist in den letzten Monaten auf ein vergleichsweise hohes Niveau gestiegen, und die Zahl der Erwerbslosen lag zeitweise bei 3 Mio., was einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr entspricht. Trotz dieser Herausforderungen wird für 2026 eine leichte Beruhigung des Arbeitsmarktes erwartet, sofern sich die Wachstumsimpulse fortsetzen und zusätzliche Beschäftigungseffekte entstehen. Insgesamt ist der Arbeitsmarkt jedoch weiterhin sensibel gegenüber konjunkturellen Schwankungen.⁸

Die Inflationsrate ist im Zuge der Normalisierung der Energiepreise und der Rohstoffmärkte auf Werte im Bereich von rund 2 % zurückgegangen, was annähernd dem langfristigen Zielniveau der Europäischen Zentralbank entspricht. Diese Entwicklung mildert den preislichen Druck auf Verbraucher und Unternehmen und schafft Raum für Reallohnzuwächse, unter anderem unterstützt durch Anpassungen beim Mindestlohn und steigende Tarifabschlüsse in bestimmten Branchen. Dies trägt dazu bei, dass die Konsumbereitschaft trotz insgesamt vorsichtiger Stimmung unter den Verbrauchern nicht weiter abrutscht. Empirische Umfragen zeigen, dass die Verbraucherstimmung – auch beeinflusst von diesen Einkommenserwar-

tungen – leicht verbessert ist, wobei zugleich geopolitische Risiken und wirtschaftspolitische Unsicherheiten nach wie vor das Konsumklima dämpfen. Allerdings bleibt die Inflationsdynamik in einzelnen Bereichen – insbesondere bei Dienstleistungen – robust, was das wirtschaftspolitische Umfeld unsicherer gestaltet.⁹

Trotz dieser positiven Signale besteht ein nicht unerhebliches Risiko durch wirtschaftspolitische Unsicherheiten – sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Die geopolitischen Spannungen im Nahen Osten, insbesondere im Zusammenhang mit der aktuellen Entwicklung im Iran, haben zuletzt zu erhöhter Volatilität an den internationalen Finanzmärkten geführt und können bei einer weiteren Eskalation über steigende Energiepreise und Handelsrisiken zusätzliche Belastungen für die weltwirtschaftliche Entwicklung darstellen. Handelskonflikte, insbesondere zwischen den USA und der EU, protektionistische Maßnahmen in wichtigen Handelspartnerländern sowie die Umsetzung und Wirksamkeit staatlicher Investitionsprogramme stellen darüber hinaus zentrale Unsicherheitsfaktoren dar, die das Wachstum dämpfen können, sollte es zu Verzögerungen oder Marktturbulenzen kommen. Diese Rahmenbedingungen erfordern ein fortlaufendes Monitoring und flexible strategische Anpassungen im unternehmerischen wie politischen Umfeld.

In Zeiten dieser Unsicherheit konsumieren die Verbraucher oft weniger und halten sich mit ihrem Konsum zurück, dies kann auch Auswirkungen auf die Versicherungswirtschaft in Deutschland haben. Die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG beobachtet die laufenden Entwicklungen und möglichen Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit. Die Eintrittswahrscheinlichkeit möglicher Chancen ist durch das anspruchsvolle Umfeld geringer geworden.

Branchenkonjunktur

Wir gehen trotz der skizzierten wirtschaftlichen Entwicklung davon aus, dass es auf der Kundenseite zu einer nach wie vor gleichbleibenden Nachfrage nach Rechtsschutzprodukten kommt, um das Kostenrisiko abzusichern. Daher ist weiterhin marktweit von einem Beitragsplus im Rechtsschutz auszugehen.

Geschäftsentwicklung der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG

Für die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG bestehen auch weiterhin Wachstumspotenziale. Inwieweit diese voll ausgeschöpft werden können, hängt im Wesentlichen von der Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in 2026 ab.

Im Rahmen unserer Gesamtstrategie liegt im Jahr 2026 ein besonderer Fokus auf der Entwicklung von Zielgruppenansätzen, die darauf abzielen, neue Kundensegmente zu erschließen. Die Zielsetzung besteht darin, maßgeschneiderte Gewerbe- und Branchenlösungen zu etablieren und gleichzeitig die verschiedenen Alters- und Zielgruppen im Privatkundensegment weiter anzusprechen. Darüber hinaus streben wir den kontinuierlichen Ausbau unseres Produktportfolios an.

Die Automatisierung, Standardisierung, Digitalisierung bleibt – insbesondere auch unter Berücksichtigung der weiteren Entwicklung des Themas KI – ein zentrales Thema im Rahmen des Strategieprozesses der ÖRAG. Dies gilt sowohl im Hinblick auf unsere Produkte als auch in Bezug auf eine verbesserte Versicherungstechnik durch digitale Effizienz. Der Ausbau innovativer digitaler Rechtsdienstleistungen ist zusätzliches Fokusthema. In unserer Personalstrategie steht die Mitarbeiterbindung („Finden – Binden – Entwickeln“) im Zentrum.

Bezogen auf den Vertrieb rechnen wir auch künftig mit einem starken Neugeschäft. Im laufenden Jahr stehen neben Produktbaukästen für Privatkunden auch Zielgruppenprodukte wie z. B. der Bauherren-Rechtsschutz to go mit Fokus auf die energetische Sanierung und die überarbeiteten Konzepte im Firmen-Rechtsschutz im Mittelpunkt des Produktvertriebs. Der Multikanalvertrieb wird weiter forciert. Wir erwarten eine

⁵ https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/wirtschaft_nt/article697c7736a3f0a8f7d18991b0/hoffnung-fuer-2026-wirtschaft-waechst-unerwartet-stark.html

⁶ <https://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/konjunktur-diw-institut-erwartet-ab-2026-aufschwung/100183297.html>

⁷ https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/Pressemitteilungen-Details_871744.html

⁸ <https://www.wiwo.de/erfolg/beruf/arbeitslosigkeit-nimmt-weiter-zu-2026-erholung-erwartet/100189270.html>

⁹ <https://www.bundesbank.de/de/presse/reden/ausblick-auf-das-jahr-2026-vor-dem-hintergrund-der-vielschichtigen-weltweiten-herausforderungen-936632>

Steigerung der gebuchten Bruttobeiträge auf ein Niveau zwischen 500 und 507 Mio. €. In 2026 gehen wir von einem moderat steigenden Schadenaufwand aus. Aufgrund der wirtschaftlichen Gesamtsituation erwarten wir, dass sich die Schadenfrequenz leicht erhöhen wird. Aufgrund der Investitionsmaßnahmen gehen wir aktuell von einem moderaten Anstieg der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb aus. Trotz der Unsicherheiten an den Kapitalmärkten prognostizieren wir, dass das Kapitalanlagenergebnis über dem Niveau des Vorjahres ausfallen wird. Wir erwarten ein positives versicherungstechnisches Ergebnis. Abhängig von der weiteren Schadenentwicklung erwarten wir, das Jahresergebnis leicht unter dem Vorjahresniveau abzuschließen.

Die Beiträge lagen 2025 im Prognosekorridor. Das Jahresergebnis vor Steuer lag aufgrund der deutlich unter Plan liegenden Schadenentwicklung über dem Vorjahr und über der Prognose.

Chancenbericht

Die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG verfügt über aussichtsreiche Chancen, die eine günstige Fortentwicklung des Unternehmens fördern und zu einem weiterhin positiven Geschäftsverlauf beitragen. Relevant sind hierbei neben externen Entwicklungen auch zahlreiche interne Potenziale.

Vertriebsstruktur

Ein stabiles Fundament der nachhaltigen Positionierung des Unternehmens im deutschen Rechtsschutzmarkt ist die ÖRAG-Vertriebsstruktur. Sie setzt auf eine enge Zusammenarbeit mit den öffentlichen Versicherern und der Sparkassen-Finanzgruppe, wobei deren Aktivitäten als Vertriebspartner gefördert werden. Hieraus resultieren für alle Beteiligten optimale Voraussetzungen, um konsequent vertriebliche Chancen zu nutzen und Potenziale zu heben. Die flächendeckende Präsenz unserer Partner sorgt zugleich für den Vorteil einer großen Nähe zu Kunden und Interessenten. Dies eröffnet gute Möglichkeiten im Hinblick auf die Gewinnung und Bindung von Versicherungsnehmern. Attraktive Produktfeatures unterstützen die Kundenansprache und fördern zugleich die Überzeugungskraft im Beratungsgespräch. Damit ist die ÖRAG gut aufgestellt, um weiterhin vertrieblich erfolgreich zu sein.

Produktportfolio

Mit der Markteinführung des Tarifs 2024 hat die ÖRAG ihr Leistungsangebot für ihre Privatkunden und Firmenkunden signifikant ausgebaut. Insbesondere mit der Einführung innovativer Leistungen über die digitale Plattform **MEINRECHT** bietet die ÖRAG einen zentralen digitalen Zugang zu Self-Services wie der Schadenmeldung sowie den digitalen Dienstleistungen (z. B. Arbeitszeugnis-Check) und verstärkt damit den präventiven Rechtsschutz.

Trotz steigender Kosten für Rechtsanwälte, Gerichte und Sachverständige bleiben die Prämien für die Standardprodukte weitestgehend stabil. Für 2026 haben wir somit sehr gute Rahmenbedingungen geschaffen, um unsere Rechtsschutzprodukte für die Kundinnen und Kunden weiterhin attraktiv zu halten.

Serviceorientierung

Mit ihren ausgezeichneten Serviceleistungen setzt die ÖRAG auf hohe Kundenorientierung, was die Kundenzufriedenheit und damit auch die Kundenbindung nachhaltig forciert. Mit dem aktuellen Tarif wurden unsere Dienstleistungen unter dem Namen **MEINRECHT** nochmals aufgewertet. Diese von der Ratingagentur Franke und Bornberg mit Bestnoten bewertete Tarifgeneration basiert auf verbesserten bzw. neuen Leistungen wie: Online-Rechtsberatung; leistungsstärkere Mediation; Mitversicherung von Partnern, Enkeln, Eltern und Großeltern; Arbeits-Rechtsschutz bei Androhung einer Kündigung; aktiver Straf-Rechtsschutz; Patienten-, Betreuungs- und Vorsorgeverfügungen; digitale Testamentserstellung.¹⁰

Demografischer Wandel

Die demografische und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland geht auch mit einer Individualisierung der privaten Haushalte einher. So gab es nach Angaben der statistischen Ämter des Bundes und der Länder im Jahr 2024 bundesweit 41,2 Mio. Privathaushalte. Dabei hatten Einpersonenhaushalte einen Anteil von 42,3 %.¹¹ Durch diese Veränderungen vergrößert sich der Kreis potenzieller Versicherungsnehmer,

¹⁰ <https://www.oerag.de/content/die-oerag/oerag-konzern/auszeichnungen/>

¹¹ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Tabellen/1-1-privathaushalte-haushaltsmitglieder.html> (Stand 30.01.2026)

denen die ÖRAG individuell passende Produkte bieten kann. Ob Single, Familie, jüngere oder ältere Mitbürger – das Produktportfolio der ÖRAG beinhaltet für alle Bevölkerungsgruppen Angebote.

Digitalisierung

Wesentliches Element der ÖRAG-Strategie ist die Ausrichtung des Unternehmens auf digitale Möglichkeiten und damit verbundene Chancenpotenziale. So sorgt einerseits die Digitalisierung der internen Abläufe und der Zusammenarbeit mit den Vertriebspartnern für erhöhte Effizienz und reduzierte Prozesskosten. Andererseits lassen sich durch digitalisierte Angebote, wie beispielsweise bei den Kontaktmöglichkeiten, die Kundenbindungen weiter ausbauen und lässt sich die Ansprache jüngerer Kunden verstärken. Darüber hinaus eröffnet die allgemein fortschreitende Digitalisierung neue Produktmöglichkeiten wie den Cyber-Rechtsschutz und andere Schutzangebote für den digitalen Raum und die Internetwelt.

Rechtskosten

Mit dem Inkrafttreten der vom Bundestag beschlossenen RVG-Reform zur Jahresmitte 2025 ist von einem zusätzlichen Anstieg der Rechtskosten auch mit Wirkung auf die Folgejahre auszugehen. Dadurch gewinnt absichernder Rechtsschutz für Privat- und Firmenkunden zunehmend an Bedeutung. Aufgrund der Marktposition können die ÖRAG und ihre Partner vom wachsenden Interesse in hohem Maße profitieren.

Risikobericht

Durch das Risikomanagement der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG ist gewährleistet, dass die eingegangenen Risiken die Risikotragfähigkeit nicht übersteigen und die Ansprüche der Kunden mit hoher Sicherheit erfüllt werden können.

ZIELE DES RISIKOMANAGEMENTS

Die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG operiert seit 1970 erfolgreich auf dem deutschen Versicherungsmarkt. Der professionellen Umsetzung des unternehmensweiten Risikomanagementsystems kommt diesbezüglich eine hohe Bedeutung zu. Das Risikomanagement ist ein integraler Bestandteil der Unternehmensaktivitäten der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG. Es unterstützt eine nachhaltig positive Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und trägt zur kontinuierlichen Wertsteigerung des gesamten Unternehmens bei. So hat die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG ein entsprechendes Kontroll-, Berichts- und Meldewesen implementiert.

Das Risikomanagement gewährleistet, dass gemäß den aufsichtsrechtlichen Anforderungen gefährdende Entwicklungen und wesentliche Risiken frühzeitig erkannt und angemessene Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Es orientiert sich konsequent an dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG), den Vorgaben der Europäischen Union und EIOPA sowie den Auslegungsentscheidungen und Rundschreiben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Die dauerhafte Erfüllbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen steht dabei im Vordergrund.

Die Ziele des Risikomanagements sind:

- Sichern der Kapitalausstattung der Gesellschaft unter Wahrung eines vordefinierten Sicherheitsniveaus von 99,5 % (200-Jahres-Ereignis)
- Schaffen von Transparenz im Unternehmen über das eigene Risikoprofil
- Identifizieren und Bewerten von unternehmerischen Risiken
- Treffen bewusster Entscheidungen zum Umgang mit Risiken
- Einleiten von Maßnahmen zur Risikosteuerung und -reduktion
- Überwachen von Risiken
- Durchführen interner sowie externer Berichterstattung
- Erfüllen gesetzlicher bzw. aufsichtsrechtlicher Anforderungen

ORGANISATION DES RISIKOMANAGEMENTS

Die Struktur des Unternehmens stellt eine klare Trennung zwischen Risikoaufbau und deren Bewertung sowie Steuerung sicher, indem die Funktionstrennung zur Vermeidung von Interessenkonflikten gewährleistet wird.

Die Risikoverantwortlichen in den operativen Geschäftsbereichen sind für die Identifikation, Analyse und Steuerung der Risiken verantwortlich. Bei der Identifikation und Analyse werden die operativen Geschäftsbereiche von der Risikomanagementfunktion begleitet.

Die Risikomanagementfunktion ist als Schlüsselfunktion im Sinne von Solvency II ein zentraler Bestandteil des Risikomanagementsystems. Sie aggregiert die risikorelevanten Informationen aus der ersten Verteidigungslinie, analysiert und bewertet sie, um Risiken zu identifizieren und deren Relevanz für das Unternehmen einzuschätzen.

Durch die Organisationseinheit „Konzerncontrolling & Risikomanagement“ wird die Risikomanagementfunktion ausgeübt. Das „Konzerncontrolling & Risikomanagement“ verantwortet die ordnungsgemäße und wirksame Ausgestaltung und Umsetzung des Risikomanagementsystems, die Steuerung und Koordination des Risikomanagementprozesses sowie die interne und externe Risikoberichterstattung und trägt so zur Förderung der Risikokultur im Unternehmen bei. Die Berichterstattung an den Vorstand erfolgt laufend und mündet einmal jährlich in den Bericht über die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA-Bericht).

Das oberste Berichts- und Entscheidungsgremium im Zusammenhang mit dem Risikomanagementsystem bzw. der Risikosituation ist das Risikokomitee. Das Risikokomitee besteht aus den Mitgliedern des Vorstands, der Schlüsselfunktionen sowie den Hauptabteilungsleitern Finanzen, Rechtsservice sowie Produkt- und Bestandsmanagement. Das Risikokomitee bereitet als Gremium der Vorstandsorgane Entscheidungen im Zusammenhang mit der Risikosituation der ÖRAG-Gesellschaften vor.

Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Festlegung der Geschäftsstrategie und die daraus abgeleitete adäquate Risikostrategie. Die risikorelevanten Unternehmensinformationen werden dem Aufsichtsrat regelmäßig berichtet.

Die Einhaltung der Regelungen des Risikomanagementsystems und deren Wirksamkeit werden durch die Interne Revision geprüft. Die Prüfung des Risikofrüherkennungssystems ist zudem Bestandteil der Jahresabschlussprüfung.

RISIKOSTRATEGIE

Die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG verfolgt eine aus der Geschäftsstrategie abgeleitete Risikostrategie. Die Risikostrategie wird jährlich überprüft. Somit steckt der Vorstand den strategischen Rahmen für die Übernahme von Risiken ab und macht Vorgaben zur Risikotoleranz, was zugleich den bewussten Umgang mit Risiken in allen Bereichen des Unternehmens definiert.

RISIKOMANAGEMENTPROZESS

Die Ausgangsbasis zur Risikoidentifikation ist die jährliche Risikoinventur, deren Durchführung durch die Risikoverantwortlichen in Begleitung der Risikomanagementfunktion stattfindet. In diesem Rahmen werden sämtliche Risiken identifiziert, bewertet und aktualisiert. Dabei werden insbesondere operationelle Risiken, aber auch Liquiditäts-, strategische und Reputationsrisiken erfasst, da diese nur pauschal oder nicht über die aufsichtsrechtliche Risikobedeckung in der Standardformel quantifiziert werden.

Bei der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG werden im Rahmen der Risikoanalyse und -bewertung quartalsweise die gesetzliche Kapitalanforderung SCR mithilfe der Standardformel unter Verwendung unternehmensspezifischer Parameter (USP) sowie im Rahmen des ORSA (Own Risk and Solvency Assessment) der unternehmensindividuelle Gesamtsolvabilitätsbedarf (GSB) ermittelt. Im Rahmen der unternehmens-eigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA) werden die Ergebnisse des verwendeten aufsichtsrechtlichen Risikomodells mit dem tatsächlichen Risikoprofil abgeglichen und evaluiert.

Zur Risikoanalyse und -interpretation werden neben der Betrachtung der Ergebnisse der Standardformel und der unternehmensindividuellen Ermittlung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs unter Beachtung von risikomindernden Maßnahmen weiterführende Sensitivitätsanalysen, Stresstests und Szenarioanalysen durchgeführt, die teilweise auch den gesamten Planungshorizont umfassen.

Im Rahmen der Berichterstattung berichtet das Risikomanagement dem Vorstand über alle risikorelevanten Sachverhalte im regulären Prozess oder auch ad hoc. Zentrales Element neben dem ORSA-Bericht ist

die Berichterstattung zum Limitsystem. Das Limitsystem wird aus der Risikostrategie abgeleitet. Mit diesem definiert der Vorstand konkrete Obergrenzen der zulässigen Risikonahme und begrenzt auf diese Weise die Risikobereitschaft der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG. Ergänzend wird das Limitsystem auf der operativen Ebene dezentral durch vorgelagerte Kontrollen und Vorgaben komplettiert. Dazu zählen z. B. Anlageaufträge in der Kapitalanlage oder Überweisungslimits. Somit ist sichergestellt, dass die vom Vorstand festgelegte erforderliche Bedeckungsquote stets überwacht wird.

Im Kontext der Risikosteuerung und -überwachung sind das Interne Kontrollsystem (IKS) sowie das Risiko-tragfähigkeitskonzept und dessen Operationalisierung in Form des Limitsystems von übergeordneter Bedeutung. Das Interne Kontrollsystem umfasst wesentliche vom Vorstand zur organisatorischen Entscheidungsumsetzung unternehmensweit eingeführte Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen. Inbegriffen sind sowohl Regelungen zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten als auch Vorgaben zur Überwachung der Einhaltung dieser Regelungen. Die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG hat zur laufenden Überprüfung von Risiken in den operativen Arbeitsabläufen prozessintegrierte Kontrollen eingerichtet, die dazu dienen, im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit eine angemessene Sicherheit zu gewährleisten. So können fehlerhafte Arbeitsabläufe frühzeitig vermieden oder umgehend korrigiert werden. Darüber hinaus orientiert sich die Steuerung der Risiken an den getroffenen Vorgaben zum Kapital- und Asset-Liability-Management, berücksichtigt Änderungen im Rahmen der Zeichnung von Risiken und bezieht mögliche Risikominderungs-techniken, beispielsweise durch Rückversicherung, ein.

Für das Risikomanagement stehen im Allgemeinen folgende qualitative und quantitative Instrumente zur Verfügung:

- Risikostrategie
- Limitsystem
- Jahres- und Mehrjahresplanungen
- Plan-Ist-Vergleiche
- Stresstests und Sensitivitätsanalysen
- Asset-Liability-Management

Darüber hinaus bestehen entsprechend der jeweiligen Risikoart spezielle Instrumente, um Risiken zu messen, zu kontrollieren und zu steuern.

Risikoart	Instrument
Versicherungstechnisches Risiko	Szenario- und Sensitivitätsanalysen
	Mathematische Modellrechnungen
	Rückversicherungsmanagement
	Plan-Ist-Vergleiche
	Richtlinie Unterschriften und Vollmachten
Markt- und Ausfallrisiko	Szenario- und Sensitivitätsanalysen
	Laufende Ratingüberwachung
	Ausfallstatistiken
	Anlagegrenzen im Direktbestand
	Anlagerichtlinien bei Fonds
	Prozess zur Ausfallrisikoeinschätzung
Operationelles Risiko	Compliance-Management-System
	Interne Kontrollen gemäß Internes Kontrollsystem
	Szenarioanalysen
Strategisches Risiko	Szenarioanalysen
Reputationsrisiko	Interne Kontrollen gemäß Internes Kontrollsystem
	Szenarioanalysen

RISIKOPROFIL

Das Ergebnis der Risikobeurteilung ist ein umfassendes Risikoprofil der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG, das den zentralen Ausgangspunkt für eine risiko- und wertorientierte Unternehmenssteuerung darstellt. Das Risikoprofil der Gesellschaft ist vorrangig geprägt durch das versicherungstechnische Risiko, das Marktrisiko, das Ausfallrisiko, das operationelle Risiko sowie das strategische Risiko und Reputationsrisiko.

Versicherungstechnisches Risiko

Das versicherungstechnische Risiko ist das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus einer unangemessenen Preisfestlegung und nicht angemessenen Rückstellungsannahmen, bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung, ergibt. Es unterteilt sich somit vor allem in Prämien- und Reserverisiko. Die Messung des versicherungstechnischen Risikos orientiert sich an dem Vorgehen von Solvency II und erfolgt nach dem Verfahren des Value-at-Risk. Zur Bestimmung des Value-at-Risk werden negative Szenarien betrachtet, die aus den Solvency-II-Vorgaben übernommen und durch Berücksichtigung der von der Aufsicht genehmigten unternehmensspezifischen Parameter ergänzt werden.

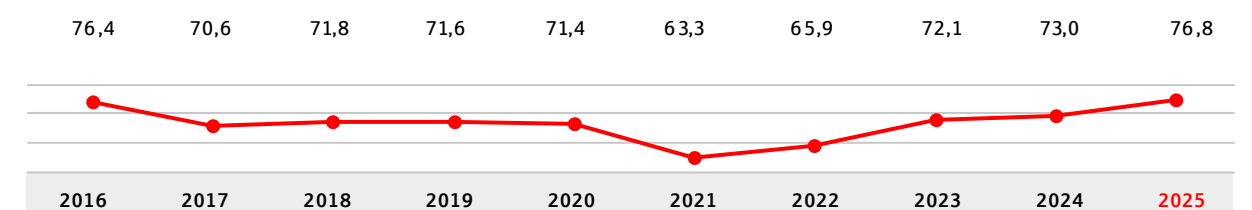
Das größte versicherungstechnische Risiko der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG ist das Prämienrisiko, also die Möglichkeit, dass festgesetzte Prämien nicht ausreichen, um zukünftige Zahlungsverpflichtungen zu decken. Das angemessene Verhältnis von Prämieinnahmen und Schadenzahlungen wird durch die

risikogerechte, kundenorientierte Produkt- und Tarifpolitik sowie eine gezielte ertragsorientierte Zeichnungspolitik gesichert. Durch den Einsatz von Planungs- und Steuerungsinstrumenten wird das Management frühzeitig in die Lage versetzt, unerwartete oder gefährliche Bestands- und Schadenentwicklungen erkennen und mit entsprechenden Maßnahmen der veränderten Risikosituation begegnen zu können. Das Reserverisiko besteht darin, dass Auszahlungen für eingetretene Schäden die gebildeten Rückstellungen überschreiten können. Zur Kontrolle dieses Risikos kalkuliert die ÖRAG die versicherungstechnischen Rückstellungen bedarfsgerecht auf Basis versicherungsmathematischer Verfahren. Die Abwicklungsergebnisse werden im Rahmen des Schadencontrollings laufend überwacht. Das Risiko aus entstandenen Schäden wird mit einem effizienten Schadenmanagement begrenzt. Ein zentraler Punkt ist dabei der **MEINRECHT-Service**, der den Schadenaufwand senkt und gleichzeitig die Kundenzufriedenheit erhöht.

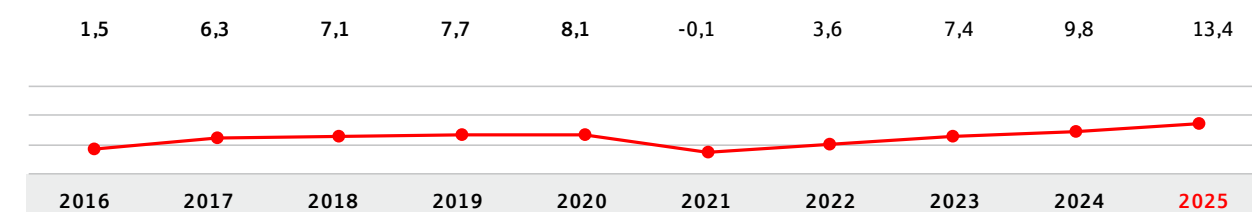
Weitere Risiken, die unter dem versicherungstechnischen Risiko subsummiert werden können, wie etwa das Storno-, das Katastrophen-, das Kumul- oder auch das Großschadenrisiko, werden grundsätzlich mit in die Betrachtung einbezogen, besitzen jedoch derzeit nur eine untergeordnete Relevanz. Dazu tragen unter anderem die weite Streuung der Versicherungsnehmer im privaten Breitengeschäft, die große Anzahl möglicher Segmente in der Rechtsschutzversicherung und eine bedarfsgerechte Rückversicherungsstruktur bei. Das Großschadenrisiko stufen wir für unser Unternehmen als unwesentlich ein. Hintergrund ist, dass sich die ÖRAG überwiegend im standardisierten Privatkunden- und Kleingewerbe-geschäft engagiert, nicht aber im risikoreicheren Industriegeschäft. Des Weiteren wird dem Risiko mit dem Einsatz von Rückversicherungen begegnet.

Durch die breit diversifizierte Art der Versicherungsnehmer im privaten Massengeschäft und die möglichen Leistungsarten wird das Kumulrisiko begrenzt. Zudem weist der Bestand keine homogenen Gruppen auf, die im Hinblick auf spezielle Risikofaktoren eine Risikohäufung darstellen würden. Der Verlauf der Schadenquoten bestätigt sowohl die auskömmliche Tarifierung als auch die stabile Schadenentwicklung. Die hinreichende Bildung von Rückstellungen wird durch den Zyklus der Abwicklungsergebnisse verdeutlicht.

Das Geschäftsjahr 2025 war geprägt von Inflation und arbeitsrechtlichen sowie konjunkturellen Entwicklungen, die aber nur moderate Auswirkungen hatten. Dies führte insgesamt zu einer relativ konstanten Entwicklung bei den Geschäftsjahresschäden.



Geschäftsjahresschäden auf Basis der verdienten Beiträge (brutto) in %.



Abwicklungsergebnisse der Eingangsschadenrückstellungen (brutto) in %.

Marktrisiko

Das Marktrisiko ergibt sich aus der Höhe bzw. Volatilität der Marktpreise von Finanzinstrumenten, die den Wert der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Unternehmens beeinflussen. Es setzt sich aus dem Zinsänderungs-, Spread-, Aktien-, Immobilien-, Konzentrations-, Währungs- und Liquiditätsrisiko zusammen.

Die Kapitalanlagen der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG sind dem Marktrisiko ausgesetzt. Kapitalanlagen stellen eine bedeutende Ergebnisquelle der Gesellschaft dar und werden unter Einhaltung hoher Sicherheitsstandards und ausreichender Liquidität so angelegt, dass eine möglichst hohe Rentabilität erzielt wird. Das gebundene Vermögen beinhaltet festverzinsliche Wertpapiere, Aktienanlagen und Beteiligungen.

Das Zinsänderungsrisiko besteht für alle Finanzinstrumente, deren Marktwert auf eine Änderung der risikofreien Zinsstrukturkurve reagiert (Zinsträger). Es resultiert aus der Differenz der durchschnittlichen Duration von zinssensitiven Aktiva und Passiva und wird durch eine mit Limits versehene Aktiv-Passiv-Steuerung sowie durch Frühwarnsysteme begrenzt. Außerdem achtet die Gesellschaft beim Management von Zinsrisiken auf eine breite Mischung und Streuung (Diversifikation) der Kapitalanlagen.

Das Ziel ist die langfristige Sicherung des Kapitalanlageergebnisses. Dafür wird die Aktiv-Passiv-Steuerung permanent an aktuelle Rahmenbedingungen angepasst. Neben dem allgemeinen Zinsniveau haben auch emittentenspezifische Credit Spreads (Renditezuschlag für Anlagen in ausfallrisikobehaftete Anleihen) Einfluss auf den Wert der Kapitalanlagen. Das Spreadrisiko gilt für alle Finanzinstrumente, deren Marktwerte auf eine Änderung des Spreads gegenüber der risikofreien Zinsstrukturkurve reagieren. Es bezieht sich folglich auf eine verschlechterte Bonität des Emittenten oder erhöhte Risikoprämien verzinslicher Anlagen und damit einhergehende Wertverluste. Die ÖRAG begrenzt dieses Risiko mit Bonitätsvorgaben. Die festverzinslichen Anlagen der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG bestehen überwiegend aus Schuldverschreibungen von bonitätsstarken Emittenten.

Das Aktienrisiko betrifft alle Finanzinstrumente, deren Marktwerte auf eine Veränderung der Preise von Aktien, Anteilen und Rohstoffen reagieren. Es resultiert aus den Aktienanlagen und -fonds sowie den strategischen Beteiligungen der Gesellschaft und ist über eine durch Höchstgrenzen limitierte Aktienquote beschränkt. Durch das breit diversifizierte Kapitalanlageportfolio reduziert sich das Risiko, Aktien zu einem ungünstigen Zeitpunkt veräußern zu müssen. Externe Marktpreise für die Beteiligungen der ÖRAG existieren nicht. Bewertungsrisiken sind hier durch ein enges Beteiligungscontrolling und vorsichtige Bewertungen eingegrenzt.

Aktien- und Zinsrisiko sind Gegenstand der Betrachtung von Szenarioanalysen. Folgende Szenarien werden dabei in Betracht gezogen:

- Aktienkursrückgang um 30 % und gleichzeitig Marktwertverlust von Beteiligungen um 15 %
- Veränderung der Markttrendite um 1 %

Aus diesen Szenarien würden sich folgende Änderungen der Marktwerte ergeben:

Portfolio	Szenario	Veränderung des Zeitwerts in Mio. €
Aktien und Beteiligungen an Unternehmen	Aktienkursrückgang 30 % und Marktwertverlust von Beteiligungen 15 %	-41,0
Festverzinsliche Wertpapiere	Zinsanstieg 1 %	-22,3
Festverzinsliche Wertpapiere	Zinsrückgang 1 %	+22,3

Das Immobilienrisiko gilt für alle Finanzinstrumente, deren Marktwerte auf eine Änderung der Immobilienpreise reagieren. Bezogen auf die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG ergibt sich dies aus möglichen Wertänderungen der Beteiligungen an Immobiliengesellschaften. Diese halten ausschließlich eigengenutzte Immobilien. Aktuell wird der Neubau des Firmensitzes realisiert. Die Anlagestrategie der ÖRAG sieht darüber hinaus keine Investitionen in Immobilien vor. Wertanpassungen werden vorgenommen, falls Wertminderungen als dauerhaft angenommen werden. Aktuell werden diverse Szenarien für die Bestandsimmobilien nach Umzug in den Neubau bezüglich eines finalen Verwertungskonzeptes analysiert und bewertet.

Als Konzentrationsrisiko wird das zusätzliche Risiko bezeichnet, das durch eine hohe Exponierung gegenüber dem Ausfallrisiko einer einzelnen Gegenpartei (Klumpenrisiko) bedingt ist. Diesem Risiko wird mit einer hinreichend hohen Diversifikation in den Kapitalanlagebeständen begegnet.

Das Währungsrisiko besteht für alle Finanzinstrumente, deren Marktwerte auf eine Änderung von Wechselkursen reagieren. Aufgrund der weitgehenden Absicherungen von Anlagen in Fremdwährungen ist die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG lediglich einem sehr geringen Währungsrisiko ausgesetzt.

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, nicht in der Lage zu sein, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren, um den finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen. Die detaillierte zentrale Liquiditätsplanung der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG stellt sicher, dass keine Zahlungsengpässe entstehen. Zudem sind die Liquiditätsrisiken im Limitsystem integriert. Bei unerwartetem Bedarf kann zusätzliche Liquidität kurzfristig über folgende Wege bereitgestellt werden:

- aus dem stetigen Eingang von Beitragszahlungen aus Versicherungsverträgen
- über das Vorhalten einer Liquiditätsreserve
- durch Nutzung der gestreuten Fälligkeiten in den festverzinslichen Anlagebeständen
- durch ausreichende Fungibilität (leichte Austauschbarkeit) der Kapitalanlagen

Die Überwachung und Steuerung des Marktrisikos erfolgt fortlaufend durch Szenariorechnungen, Limitvorgaben, Monitoring von Sensitivitätskennzahlen, regelmäßiges Kapitalanlagecontrolling sowie Diversifikation und laufende Überprüfung der strategischen Allokation der Kapitalanlagen. Vor dem Hintergrund der aktuellen allgemeinen Wirtschaftslage und bestehender Unsicherheiten an den Kapitalmärkten sind die Kapitalanlagen der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG in ihrer Gesamtheit zwar von den aktuellen Rahmenbedingungen – insbesondere der Zinsentwicklung – beeinflusst, haben sich aber hinsichtlich der Kreditqualität als stabil erwiesen. Dazu tragen vorrangig die aus der Risikostrategie abgeleitete niedrige Aktienquote sowie die überwiegend hohe Bonität der festverzinslichen Anlagen bei. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses bestanden keine Investitionen in Anleihen hoch verschuldeter Staaten des Euroraumes.

Ausfallrisiko

Das Ausfallrisiko (Kreditrisiko) ist das Risiko von Verlusten aufgrund von unerwarteten Ausfällen oder Verschlechterungen der Bonität von Gegenparteien und Schuldnern, gegenüber denen das Versicherungsunternehmen Forderungen hat. Diese Forderungsausfallrisiken betreffen bei der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG Ansprüche aus Derivaten sowie gegenüber Kunden, Versicherungsvermittlern und Rückversicherern. Grundlagen für die Ermittlung der Kapitalanforderungen für das Ausfallrisiko sind das relevante Exposure und die erwarteten Verluste je Gegenpartei/Kontrahent. Durch ein umfangreiches und zeitnahes Berichtswesen werden die unterschiedlichen Risiken regelmäßig überwacht und transparent gemacht. Außerdem wird bei der Auswahl geeigneter Rückversicherer mittels der Einschätzungen internationaler Ratingagenturen und sonstiger am Markt verfügbarer Informationen auf eine gute Bonität geachtet. Für wesentliche Gegenparteien wird die Risikoexponierung laufend überwacht.

Im Berichtsjahr beträgt die Höhe von Forderungen, die länger als 90 Tage fällig sind, 7.416 T€ (Vj.: 7.815 T€). Die durchschnittliche Ausfallquote der Forderungen beträgt für den Zeitraum der letzten drei Geschäftsjahre 10,8 % (Vj.: 10,9 %). Sowohl zum Bilanzstichtag als auch zum Vergleichsstichtag bestehen keine Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko ist das Verlustrisiko, das sich aus der Unzulänglichkeit oder dem Versagen von Menschen, internen Prozessen oder Systemen oder durch externe Ereignisse ergibt. Es umfasst auch Rechtsrisiken, jedoch keine strategischen Risiken, Reputationsrisiken und Risiken, die bereits Gegenstand anderer Risikokategorien sind.

Bei der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG werden die operationellen Risiken von den jeweiligen Fachbereichen beaufsichtigt und durch das IKS wirksam begrenzt. Um operationelle Risiken zu vermeiden bzw. ihre eventuellen Auswirkungen zu begrenzen, hat das Unternehmen zahlreiche Maßnahmen implementiert. Dazu zählen Richtlinien, Schulungen, Arbeitsanweisungen, Vollmachtenregelungen sowie eine angemessene Aufbau- und Ablauforganisation. Zu den wichtigen operationellen Einzelrisiken, die im Rahmen des Risikomanagements gesteuert und eingeschränkt werden, gehören Rechtsänderungsrisiken und der Ausfall der Nicht-IT-Infrastruktur.

Maßnahmen zur Abwehr interner und externer IT-Risiken sind im IT-Sicherheitskonzept definiert. Ein besonderes Augenmerk in Bezug auf operationelle Risiken liegt zudem auf Betriebsstörungen und -unterbrechungen, Datenverlusten sowie externen Angriffen auf die Systeme. Zur Reduzierung von Risiken, die sowohl in der IT als auch allgemein im Rahmen von Krisensituationen auftreten können, sind zahlreiche Maßnahmen wie Schutzvorkehrungen, Notfallpläne, Back-up-Lösungen und Zugangskontrollen im Rahmen eines Business-Continuity-Management-Systems im Einsatz.

Strategisches Risiko

Das strategische Risiko ergibt sich aus strategischen Geschäftsentscheidungen. Dazu zählt auch das Risiko, das entsteht, wenn Geschäftsentscheidungen nicht einem geänderten Wirtschaftsumfeld angepasst werden. Das strategische Risiko kann gravierende Auswirkungen auf aktuelle und zukünftige Erträge oder den Solvenzkapitalbedarf haben. Es tritt in der Regel im Zusammenhang mit anderen Risiken auf, kann prinzipiell aber auch als Einzelrisiko vorkommen. Insbesondere das rechtliche und das regulatorische Umfeld der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG unterliegt einem ständigen Wandel, den das Unternehmen kontinuierlich beobachtet und auf den gegebenenfalls reagiert wird. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse fließen in die strategische Planung ein. Damit wird gewährleistet, dass die Gesellschaft sich frühzeitig auf neue Wettbewerbsbedingungen einstellt.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko resultiert aus einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. Die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG ist sich der hohen Erwartungen ihrer Stakeholder (Anspruchsträger) bewusst. Das Reputationsrisiko tritt in der Regel im Zusammenhang mit anderen Risiken auf, kann prinzipiell aber auch als Einzelrisiko vorkommen.

Um einen Reputationsverlust gar nicht erst entstehen zu lassen, wird bei der Produktentwicklung sowie allen anderen Bestandteilen der Wertschöpfungskette auf einen hohen Qualitätsstandard geachtet. Die Unternehmenskommunikation wird so koordiniert, dass einer falschen Darstellung von Sachverhalten wirkungsvoll entgegengetreten werden kann. Marktvergleiche der für die Kundenzufriedenheit maßgeblichen Parameter wie etwa Betreuungsqualität oder Preis-Leistungs-Verhältnis werden kontinuierlich im Hinblick auf Verbesserungspotenziale analysiert.

ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG DER RISIKOLAGE

Die Interessen der Kunden der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG sind jederzeit gewahrt. Gegenwärtig sind keine Entwicklungen absehbar, die zu einer Bestandsgefährdung führen oder die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaft nachhaltig negativ beeinflussen können. Das Risikomanagement stellt sicher, dass Risiken rechtzeitig erkannt, bewertet und kontrolliert werden.

Insgesamt liegt derzeit keine Gefährdung der Solvabilitäts- und Finanzlage der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG vor. Es bestehen keine Risiken, die durch die Gesellschaft zum derzeitigen Zeitpunkt nicht tragbar sind.

Außergewöhnliche Entwicklungen durch die Veränderungen der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen, unter anderem infolge des Nahost-Konflikts, haben zuletzt zu erhöhter Volatilität an den internationalen Finanzmärkten geführt und können bei einer weiteren Eskalation über steigende Energiepreise und Handelsrisiken zusätzliche Belastungen für die weltwirtschaftliche Entwicklung darstellen und die Risikolage beeinflussen.

ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG GEMÄß § 289F ABSATZ 4 I.V.M. ABSATZ 2 NR. 4 HGB

Für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst hat die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG nachstehende Zielgröße für den Frauenanteil festgelegt.

Im Aufsichtsrat liegt der derzeitige Status quo bei 37,5 %, beim Vorstand bei 50,0 %. Der Vorstand bestand im Geschäftsjahr 2025 aus zwei Mitgliedern. Im Aufsichtsrat der Gesellschaft befindet sich auch ein weibliches Vorstandsmitglied als Vertreterin der Anteilseigner. Als Vertreter der Arbeitnehmer sind zwei weibliche Personen und eine männliche Person vertreten. Die Zielgröße für den Frauenanteil im Sinne des § 111 Abs. 5 AktG wurde dem Status quo entsprechend in der Aufsichtsratssitzung vom 2. Dezember 2021 neu festgesetzt. Die Zielgröße für den Frauenanteil im Aufsichtsrat der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG wird demnach auf 22,2 % und für den Vorstand auf 33,3% festgesetzt. Diese Zielgrößen gelten bis zum 31. Dezember 2026.

Die Zielgröße des Frauenanteils in der ersten und zweiten Ebene unterhalb des Vorstands beträgt 15 % (Stand zum 31. Dezember 2025: 31,6 %). Eine Frist für die Erreichung dieser Zielgröße wurde – da der Frauenanteil diese Zielgröße bereits erreicht hat – nicht festgelegt.

Jahresabschluss

abschluss

Jahresab

JAHRESABSCHLUSS

Jahresbilanz zum 31.12.2025

AKTIVSEITE	2025		2024	
	T€	T€	T€	T€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	1.474		2.254	
II. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.639		3.210	
III. geleistete Anzahlungen	1.394	6.508	687	6.151
B. Kapitalanlagen				
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	127.158		83.506	
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	32.850		25.350	
3. Beteiligungen	51		51	
	160.058		108.906	
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	420.548		412.458	
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	213.634		224.350	
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	19.500		34.481	
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	42.000		63.000	
	61.500		97.481	
4. Einlagen bei Kreditinstituten	56.000		40.000	
	751.682	911.740	774.289	883.196
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 6.558 T€ (Vj.: 7.916 T€)	9.505		9.895	
2. Versicherungsvermittler Davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 T€ (Vj.: 0 T€)	5.815		5.452	
	15.320		15.347	
II. Sonstige Forderungen Davon an verbundene Unternehmen: 18.676 T€ (Vj.: 14.154 T€)	19.568	34.889	14.644	29.991
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte	11.492		10.198	
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	21.981	33.473	10.780	20.978
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	2.589		2.729	
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	2.563	5.152	1.338	4.068
F. Aktive Latente Steuern		36.389		27.886
Summe der Aktiva		1.028.150		972.270

PASSIVSEITE	2025		2024	
	T€	T€	T€	T€
A. Eigenkapital				
I. Eingefordertes Kapital Gezeichnetes Kapital	6.442		6.442	
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	2.301	4.141	2.301	4.141
II. Kapitalrücklage		27.586		27.586
III. Gewinnrücklagen				
1. Gesetzliche Rücklage	644		644	
2. Andere Gewinnrücklagen	46.319	46.963	46.319	46.963
IV. Bilanzgewinn		19.211		14.252
		97.902		92.942
B. Nachrangige Verbindlichkeiten		46.000		46.000
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	108.006		103.021	
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	108.006	0	103.021
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	702.388		663.204	
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	7	702.382	5	663.199
III. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	578		504	
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	578	0	504
		810.966		766.724
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	19.090		18.428	
II. Steuerrückstellungen	15.041		10.424	
III. Sonstige Rückstellungen	7.637	41.768	7.358	36.210
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 4.010 T€ (Vj.: 4.076 T€)	4.010		4.076	
2. Versicherungsvermittlern	13.511	17.521	12.710	16.786
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	1.956		1.456	
III. Sonstige Verbindlichkeiten				
Davon: aus Steuern: 9.884 T€ (Vj.: 8.456 T€) gegenüber verbundenen Unternehmen: 77 T€ (Vj.: 160 T€) Im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0 T€ (Vj.: 0 T€)	12.035	31.512	12.149	30.391
F. Rechnungsabgrenzungsposten		2		3
Summe der Passiva		1.028.150		972.270

Gewinn- und Verlustrechnung

Für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2025

POSTEN	2025		2024	
	T€	T€	T€	T€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge f. e. R.				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	476.972		447.851	
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	2.862		2.687	
	474.110		445.164	
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-4.985		-3.250	
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	0		0	
	-4.985	469.124	-3.250	441.914
2. Sonstige versicherungstechnische Erträge f. e. R.		639		664
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R.				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	236.993		235.738	
ab) Anteil der Rückversicherer	-906		-1.231	
	236.087		234.507	
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewinkelte Versicherungsfälle				
ba) Bruttobetrag	39.184		26.765	
bb) Anteil der Rückversicherer	-1		15	
	39.183	275.270	26.781	261.288
4. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen		74		-29
5. Aufwendungen für erfolgsabhängige und –unabhängige Beitragsrückerstattungen f. e. R.		786		783
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R.				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	181.768		170.827	
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	0	181.768	0	170.827
7. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen f. e. R.		0		0
8. Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.		11.865		9.709

POSTEN	2025		2024	
	T€	T€	T€	T€
Übertrag		11.865		9.709
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen Davon aus verbundenen Unternehmen: 1.189 T€ (Vj.: 871 T€)	14.086		11.328	
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücks- gleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0		0	
ab) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	14.086		11.328	
	14.086		11.328	
b) Erträge aus Zuschreibungen	0		0	
c) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	1.260	15.346	2.146	13.474
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	1.056		1.048	
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	0		0	
c) Aufwendungen aus Verlustübernahme	1.436	2.492	0	1.048
		12.854		12.426
3. Sonstige Erträge	16.182		15.801	
4. Sonstige Aufwendungen	27.454	11.272	24.941	9.140
5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		13.447		12.994
6. Körperschaft- und Gewerbeertragsteuer	13.732		10.145	
Latente Steuern	-8.503		-4.950	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5.229		5.195	
7. Sonstige Steuern	168	5.397	246	5.441
8. Jahresüberschuss		8.050		7.553
9. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		11.162		6.698
10. Bilanzgewinn		19.211		14.252

Bilanzierungsregeln

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des HGB und des AktG in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen aufgestellt.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Vorjahres wurden grundsätzlich beibehalten.

AKTIVA

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände wurden mit den Anschaffungskosten aktiviert. Für selbst geschaffene Software wurden die Entwicklungskosten angesetzt. Die lineare Abschreibung erfolgt bei den entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenständen über eine Nutzungsdauer von drei Jahren und bei selbst geschaffener Software über eine Nutzungsdauer von sechs Jahren.

Anteile an verbundenen Unternehmen, Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Anteile an verbundenen Unternehmen, Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, wurden gemäß § 341b Abs. 1 HGB i.V.m. § 253 Abs. 1 HGB zu Anschaffungskosten bewertet. Gemäß § 253 Abs. 3 HGB sind Abschreibungen außerplanmäßig bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorzunehmen. Es können außerplanmäßige Abschreibungen auch bei voraussichtlich nicht dauernder Wertminderung vorgenommen werden.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden gemäß § 341b Abs. 2 Halbsatz 2 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bzw. bei dauernder Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert (gemildertes Niederstwertprinzip) bewertet, da sie dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen.

Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen

Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden gemäß § 341b Abs. 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Bei Namensschuldverschreibungen wurde das Wahlrecht der Nennwertbilanzierung gemäß § 341c Abs. 1 HGB nicht angewendet. Die Amortisation der Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgte unter Anwendung der Effektivzinsmethode nach § 341c Abs. 3 HGB über die Restlaufzeit.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft und Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft

Für Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft und Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft kommt der Ansatz zu Nominalbeträgen zur Anwendung. Bei den Forderungen an Versicherungsnehmer ist dem allgemeinen Kreditrisiko durch eine Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen; für das technische Risiko erfolgte eine Stornorückstellung.

Sonstige Forderungen

Fällige Zins-, Miet- und sonstige Forderungen sind mit den Nominalwerten bilanziert. Wertberichtigungen werden bei Bedarf vorgenommen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sachanlagen sind zu Anschaffungskosten aktiviert, Vorräte gemäß § 240 Abs. 3 HGB mit einem Festwert angesetzt. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter im Wert von bis zu 250 € werden direkt als Aufwand verbucht (analog § 6 Abs. 2 EStG). Für Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten zwischen 250 € und 1.000 € erfolgt eine Sammelbewertung unter Berücksichtigung der pauschalen Nutzungsdauer von fünf Jahren (analog § 6 Abs. 2a EStG). Dieser Sammelposten bleibt auch bei Entnahme, Veräußerung oder Untergang eines darin enthaltenen Vermögensgegenstands unverändert.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand sowie andere Vermögensgegenstände sind mit den Nominalbeträgen angesetzt. Die Rückdeckungsversicherung aus der Pensionszusage gegen Gehaltsverzicht ist gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit der entsprechenden Rückstellung verrechnet.

Rechnungsabgrenzungsposten

Zins- und Mieterträge, die auf das laufende Geschäftsjahr entfallen, aber noch nicht fällig sind, sind zeitan- teilig mit ihren Nominalbeträgen bewertet.

Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind mit ihren Nominalwerten angesetzt.

Aktive latente Steuern

Es werden aktive latente Steuern in Höhe von 36.389 T€ (Vj.: 27.886 T€) ausgewiesen. Sie beruhen auf Differenzen aus unterschiedlichen Bilanzpositionen. Bei immateriellen Vermögensgegenständen führt die Differenz zu einer passiven latenten Steuer, bei den Kapitalanlagen ergeben die Differenzen aktive latente Steuern. Die Differenzen bei den versicherungstechnischen Rückstellungen sowie den Pensionsrückstellungen und sonstigen Rückstellungen führen zu aktiven latenten Steuern.

Auf die zwischen handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen aufgetretenen Differenzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen, werden Steuern mit dem unternehmensindividuellen Satz ermittelt. Berücksichtigt sind hierbei auch solche Differenzen, deren Umkehrzeitpunkt noch nicht exakt feststeht oder die von einer Disposition des Unternehmens abhängig sind oder die erst zum Zeitpunkt der Liquidation eintreten würden. Aufgrund der gesetzlichen Körperschaftssteuersenkung ab 2028 ändert sich der unternehmensindividuelle Steuersatz, im jeweiligen Umkehrzeitpunkt, schrittweise von jetzt 31,30 % auf 26,02 % im Jahr 2032. Bei der Ermittlung der latenten Steuern wurde die schrittweise Absenkung in den einzelnen Jahren berücksichtigt.

Das Wahlrecht zum Ansatz eines Überhangs aktiver latenter Steuern aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird in Anspruch genommen.

PASSIVA

Nachrangige Verbindlichkeiten

Nachrangige Verbindlichkeiten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Beitragsüberträge

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft sind vom vereinbarten Beitrag nach dem 1/360-System berechnet. Der Abzug der äußeren Kosten erfolgte gemäß Mitteilung des Bundesministeriums für Finanzen vom 30. April 1974.

Da die Beitragsfälligkeit jeweils der 1. Januar eines jeden Jahres ist, entfallen Beitragsüberträge für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft.

Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft entfallen ebenfalls Beitragsüberträge, da die Abrechnung auf Basis der verdienten Beiträge vorgenommen wird.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wurde diese Rückstellung individualisiert ermittelt. Die Bewertung der Versicherungsfälle erfolgte mithilfe eines Gruppenbewertungsverfahrens unter Berücksichtigung von Leistungsartenklassen, Instanzen und Streitwertklassen. Für erwartete Spätschäden und wiedereröffnete Schäden sind gemäß den in den Vorjahren gewonnenen Erfahrungen angemessene Beträge zurückgestellt worden.

Die Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen wurde nach dem koordinierten Ländererlass vom 2. Februar 1973 bemessen.

Forderungen aus Regressen und Teilungsabkommen sind in Höhe ihrer voraussichtlichen Realisierbarkeit von der Rückstellung abgesetzt worden. Die Anteile der Rückversicherer wurden entsprechend den Berechnungsmethoden des selbst abgeschlossenen Geschäfts ermittelt.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle des in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäfts entspricht der Schätzung des voraussichtlichen Bedarfs.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Die Rückstellung für Beitragsstorni entspricht der Höhe des voraussichtlichen Bedarfs.

ANDERE RÜCKSTELLUNGEN

Pensionsrückstellungen

Grundlage für die Berechnung der Pensionsrückstellungen ist die Projected-Unit-Credit-Methode (PUC-Methode) unter Anwendung der Richttafeln (Sterbetafeln von 2018 G) von der Heubeck-Richttafeln-GmbH, Köln. Berücksichtigt sind neben den gegenwärtigen auch künftige Entwicklungen, Trends sowie Fluktuationen. Die Abzinsung erfolgte mit dem von der Bundesbank gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsVO) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten zehn Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs. 2 HGB.

Für die Ermittlung der Verpflichtungen wurden nachstehende versicherungsmathematische Parameter verwendet:

	2025
Pensionsalter	Vertragliche Altersgrenze
Gehaltsdynamik	2,7%
Rentendynamik	2,1%
Fluktuation	1,5%
Zinssatz	2,06%

Ermittlung des Unterschiedsbetrages nach § 253 Abs. 6 HGB:

Rückstellung unter Verwendung des 10-Jahres-Durchschnittszinssatzes:	19.090	T€
Zum Vergleich:		
Rückstellung unter Verwendung des 7-Jahres-Durchschnittszinssatzes (2,21 %):	18.687	T€
Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB:	-403	T€

Rückstellung für Altersteilzeit

Diese Rückstellung wurde nach den Verlautbarungen des IDW RS HFA 3 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB ermittelt. Die Höhe des Erfüllungsrückstands ergab sich aus den bis zum 31. Dezember 2025 ausstehenden Gehaltszahlungen, die in der Freistellungsphase fällig werden. Die Rückstellung für den zusätzlichen Arbeitgeberbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung und den Aufstockungsbetrag wurde unter Berücksichtigung künftiger Preis- und Kostensteigerungen ermittelt. Rechnungsgrundlagen waren die Richttafeln 2018 G von der Heubeck-Richttafeln-GmbH, Köln, bei einer Gehaltsdynamik von 2,70 %. Die Rückstellung ist nach den individuellen Laufzeiten mit den entsprechenden durch die Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen nach der RückAbzinsVO abgezinst. Unter Berücksichtigung der mittleren Fälligkeit der bestehenden Altersteilzeitverpflichtungen ergab sich ein Rechnungszins von 1,88 %. Die im Rahmen der Insolvenzversicherung von Altersteilzeitguthaben erworbenen Investmentanteile, die zum Börsenkurs bewertet wurden, sind mit der Altersteilzeitrückstellung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet.

Rückstellung für Jubiläen

Die Jubiläumsrückstellung erfolgte gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit einem Rechnungszins von 2,21 %, einem Gehaltstrend von 2,7 % und einer Fluktuation von 1,5 %.

Übrige Rückstellungen

Die übrigen Rückstellungen bemessen sich nach dem voraussichtlichen Bedarf in Höhe des nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins abgezinst.

Andere Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft sowie sonstige Verbindlichkeiten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Währungsumrechnungen

Für die Währungsumrechnung wurde der Devisenkassamittelkurs zum Abschlussstichtag zugrunde gelegt.

Erläuterung der Bilanz (Aktiva)

Entwicklung der Aktivposten A, B I. – II. im Geschäftsjahr 2025

	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbuchungen
AKTIVPOSTEN	T€	T€	T€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
I. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	2.254	236	0
II. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.209	1.907	0
III. Geleistete Anzahlungen	687	707	0
Summe A	6.150	2.850	0
B. Kapitalanlagen			
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	83.506	43.652	0
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	25.350	16.000	0
3. Beteiligungen	51	0	0
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0	0
Summe B I.	108.907	59.652	0
II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	412.458	8.089	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	224.350	524	0
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	34.481	40	0
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	63.000	0	0
4. Einlagen bei Kreditinstituten	40.000	113.000	0
Summe B II.	774.289	121.653	0
Insgesamt	889.347	184.155	0

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr	Zeitwerte Geschäftsjahr
T€	T€	T€	T€	T€
0	0	1.016	1.474	
0	0	1.477	3.639	
0	0	0	1.394	
0	0	2.493	6.507	
0	0	0	127.158	183.011
-8.500	0	0	32.850	33.213
0	0	0	51	51
0	0	0	0	0
-8.500	0	0	160.059	216.275
0	0	0	420.548	439.149
-11.240	0	0	213.634	194.434
-15.021	0	0	19.500	16.277
-21.000	0	0	42.000	41.701
-97.000	0	0	56.000	56.000
-144.261	0	0	751.682	747.560
-152.761	0	2.493	918.248	963.835

B. KAPITALANLAGEN

I. Zeitwert der Kapitalanlagen

Die Bewertungsreserven beliefen sich per saldo auf 52.094 T€ (Vj.: 16.812 T€) und lagen bei 5,7 % (Vj.: 1,9 %) des Buchwerts der Kapitalanlagen.

Die Zeitwerte wurden, abhängig von der jeweiligen Anlagenart, nach folgenden branchenüblich anerkannten Methoden ermittelt:

Der Zeitwert von Eigenkapitalinstrumenten wurde mit dem Ertragswert, dem Nettovermögenswert oder zu Anschaffungskosten angesetzt.

Der Zeitwert der Anteile an verbundenen Unternehmen wurde grundsätzlich nach dem Ertragswertverfahren ermittelt. Bei den verbundenen Immobiliengesellschaften, deren Immobilienbestand genutzt wird, wurde als Zeitwert der Wert laut Wertgutachten der Immobilien zuzüglich der Buchwerte der übrigen Vermögensgegenstände und abzüglich Verpflichtungen angesetzt. Die Immobilienverwaltungsgesellschaft sowie die im Vorjahr gegründete verbundene Immobiliengesellschaft, deren Immobilie sich im Bau befindet, wurden mit ihren Anschaffungskosten angesetzt.

Der Zeitwert von an der Börse notierten Wertpapieren wurde mit dem letzten zum Bilanzstichtag verfügbaren Börsenkurs bewertet. Sofern kein Börsenkurs vorhanden war, erfolgte die Bewertung von den Anteilen an Investmentvermögen zu dem von der Kapitalverwaltungsgesellschaft übermittelten Rücknahmepreis. Die Ermittlung der Zeitwerte der Ausleihungen an verbundene Unternehmen, der Namensschuldverschreibungen sowie der Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgte anhand der Discounted-Cashflow-Methode unter in Abhängigkeit der Bonität der Emittenten berücksichtigten laufzeitabhängigen Zinsstrukturkurven und risikoadäquater Bewertungsaufschlägen.

ANGABEN ZU FINANZINSTRUMENTEN IM SINNE DES § 285 NR. 18 HGB, DIE ÜBER IHREN BEIZULEGENDEN ZEITWERTEN BILANZIERT WURDEN

Kapitalanlageposten	Bilanzwerte Geschäftsjahr	Zeitwerte Geschäftsjahr	Unterlassene Abschreibungen
	T€	T€	T€
1. Inhaberschuldverschreibungen	161.593	141.647	19.946
2. Sonstige Ausleihungen	61.500	57.978	3.522
3. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0	0	0
4. Anteile an Investvermögen	0	0	0
Summe	223.093	199.625	23.469

Von einer außerplanmäßigen Abschreibung nach § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB auf den Zeitwert wurde abgesehen, weil im Hinblick auf das Wertaufholungspotenzial von einer nicht dauerhaften Wertminderung dieser Kapitalanlagen ausgegangen wurde, da die vorübergehende Wertminderung nicht auf Bonitätsverschlechterung zurückzuführen und ausschließlich zinsinduziert ist. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind in voller Höhe dem Anlagevermögen zugeordnet.

II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Anteile an verbundenen Unternehmen

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital	Eigenkapital	Ergebnis
	%	T€	T€
D.R.S. Deutsche Rechtsanwalts Service GmbH, Düsseldorf ¹	100	25	1.260
Deutsche Assistance Versicherung AG, Düsseldorf ¹	100	26.425	-1.436
ÖRAG Verwaltungs GmbH, Düsseldorf	100	142	22
ÖRAG Primus GmbH & Co. KG, Düsseldorf	100	13.016	397
ÖRAG Gemini GmbH & Co. KG, Düsseldorf	100	17.914	604
Hansapark 3 GmbH & Co. KG, Düsseldorf	89	86.335	72
Summe		143.857	919

¹ Ergebnis vor Abführung.

Weiterer mittelbarer Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital	Eigenkapital	Ergebnis
	%	T€	T€
Deutsche Assistance Telematik GmbH, Düsseldorf ²	100	280	59
Smartes Land GmbH, Düsseldorf	51	1.675	-500
S-Markt & Mehrwert GmbH & Co. KG, Halle (Saale) ²	49	9.090	2.466
S-Markt & Mehrwert Geschäftsführungsgesellschaft mbH, Düsseldorf ¹	48	77	2
Reha Assist GmbH, Arnsberg ¹	71	-1.843	-1.141
DA Shared Service GmbH, Düsseldorf ²	100	945	-682
Deutsche Assistance Service GmbH, Düsseldorf ²	100	4.627	-5.829
CYCO Cyber Competence Center GmbH, Hannover ¹	66	-1.843	-388
Summe		11.333	-6.013

¹ Werte aus 2024.

² Ergebnis vor Abführung.

III. Sonstige Kapitalanlagen

Investmentvermögen

Angaben zu den Investmentvermögen nach § 285 Nr. 26 HGB:

Art des Fonds/Anlagenziel	Bilanzwerte Geschäftsjahr	Zeitwerte Geschäftsjahr	Differenz	Ausschüttung 2025
	T€	T€	T€	T€
Gemischter Fonds: ÖRAG-Fonds	420.548	439.149	18.601	8.089

Anteile an Investmentvermögen sind gemäß § 341b Abs. 2 Satz 1 2. Halbsatz HGB im Geschäftsjahr und im Vorjahr in voller Höhe dem Anlagevermögen zugeordnet. Die aufgeführte Ausschüttung wurde ertragswirksam vereinnahmt.

C. FORDERUNGEN

Angaben zu den Laufzeiten der Forderungen nach § 268 HGB:

Forderungen	2025	2024
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:		
1. Versicherungsnehmer	9.505	9.895
a) Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	6.558	7.916
b) Davon mit einer Restlaufzeit über einem Jahr		
	2.947	1.979
2. Versicherungsvermittler	5.815	5.452
a) Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	5.815	5.452
b) Davon mit einer Restlaufzeit über einem Jahr	0	0
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft	0	0
a) Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	0	0
b) Davon mit einer Restlaufzeit über einem Jahr	0	0
III. Sonstige Forderungen	19.568	14.644
a) Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	19.559	14.635
b) Davon mit einer Restlaufzeit über einem Jahr	9	9

E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Die Position beinhaltet im Voraus gezahlte Verwaltungskosten.

F. AKTIVE LATENTE STEUERN

Die für das abgelaufene Geschäftsjahr ermittelten temporären Unterschiedsbeträge zwischen Handels- und Steuerbilanz ergaben aktive latente Steuern in Höhe von 45.752 T€ (Vj.: 37.777 T€) und passive latente Steuern in Höhe von 9.363 T€ (Vj.: 9.890 T€). Bei der Ermittlung der latenten Steuern wurde die Entwicklung des zukünftigen Körperschaftssteuersatzes laufzeitbedingt und hinsichtlich des Abwicklungszeitraums berücksichtigt, sodass unterschiedliche Steuersätze Anwendung fanden. Es wurden im Geschäftsjahr aufgrund gestiegener Unterschiedsbeträge Anpassungen vorgenommen, sodass sich der Betrag des Vorjahres auf 36.389 T€ (Vj.: 27.886 T€) erhöht hat. Die aktiven latenten Steuern ergeben sich hauptsächlich aus temporären Unterschiedsbeträgen bei Beteiligungen, Investmentanteilen sowie Schadenrückstellungen.

Erläuterung der Bilanz (Passiva)

A. EIGENKAPITAL

I. Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt 6.442 T€ und ist eingeteilt in 18.000 Namensstückaktien zu je 357,90 €.

Unter Berücksichtigung der nicht eingeforderten ausstehenden Einlagen in Höhe von 2.301 T€ beträgt das eingezahlte Grundkapital 4.141 T€.

II. Kapitalrücklage

Bei den Kapitalrücklagen der ÖRAG handelt es sich vollständig um Zuzahlungen i. S. d. § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB.

III. Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen enthalten folgende Positionen:

	2025	2024
	T€	T€
1. Gesetzliche Rücklage		
Stand 01.01.	644	644
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	0	0
2. Andere Gewinnrücklagen		
Stand 01.01.	46.319	46.319
Einstellungen aus dem Bilanzgewinn	0	0
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	0	0
Stand: 31.12.	46.963	46.963

IV. Bilanzgewinn

Im Bilanzgewinn in Höhe von 19.211 T€ (Vj.: 14.252 T€) sind der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres in Höhe von 8.050 T€ (Vj.: 7.553 T€) und ein Bilanzvortrag in Höhe von 14.252 T€ (Vj.: 9.698 T€) abzüglich einer Dividendenausschüttung in Höhe von 3.090 T€ (Vj.: 3.000 T€) enthalten.

B. NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN

Die nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 46.000 T€ wurden zu Beginn des Jahres 2026 zurückgezahlt. Die Verträge wurden fristgerecht zum 31. Dezember 2023 gekündigt.

C. VERSICHERUNGSTECHNISCHE BRUTTORÜCKSTELLUNGEN

	2025	2024
	T€	T€
Insgesamt	810.973	766.729
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	702.388	663.204

Da es keine gebuchten Bruttobeiträge für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft gibt und sich dieses Geschäft in Abwicklung befindet, entfällt die Trennung der Angaben zwischen dem selbst abgeschlossenen und dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft. Im Jahr 2025 ergab sich ein positives Abwicklungsergebnis in Höhe von 87.713 T€ (Vj.: 62.149 T€).

D. ANDERE RÜCKSTELLUNGEN

III. Sonstige Rückstellungen

	2025	2024
	T€	T€
Urlaubsverpflichtungen	406	434
Aufsichtsrats- und Beiratsvergütungen	181	176
Jahresabschlusskosten	689	654
Jubiläumsaufwendungen	2.092	1.970
Altersteilzeitverpflichtungen	1.033	1.160
Beiträge Berufsgenossenschaft	7	11
Variable Vergütung	1.738	1.542
Übrige	1.490	1.412
Summe	7.637	7.358

Die im Rahmen der Insolvenzversicherung von Altersteilzeitguthaben erworbenen Investmentanteile wurden zum Marktwert in Höhe von 1.603 T€ gemäß § 255 Abs. 4 HGB angesetzt und mit den Rückstellungen für Altersteilzeit in Höhe von 2.637 T€ verrechnet.

Die Pensionszusage durch Gehaltsverzicht in Höhe von 127 T€ wurde ebenfalls gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit der Rückdeckungsversicherung, deren Zeitwerte den Anschaffungskosten entsprechen, in Höhe von 127 T€ verrechnet.

E. ANDERE VERBINDLICHKEITEN

Angaben zu den Laufzeiten der Verbindlichkeiten nach § 268 HGB:

Verbindlichkeiten	2025	2024
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:	T€	T€
1. Versicherungsnehmer	4.010	4.076
a) Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	4.010	4.076
b) Davon mit einer Restlaufzeit über einem Jahr	0	0
2. Versicherungsvermittler	13.511	12.710
a) Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	13.511	12.710
b) Davon mit einer Restlaufzeit über einem Jahr	0	0
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	1.956	1.456
a) Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	1.956	1.456
b) Davon mit einer Restlaufzeit über einem Jahr	0	0
III. Sonstige Verbindlichkeiten	12.035	12.149
a) Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	12.035	12.149
b) Davon mit einer Restlaufzeit über einem Jahr	0	0

Erläuterung der Gewinn- und Verlustrechnung

I. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG

	2025	2024
	T€	T€
a) Gebuchte Bruttobeiträge	476.972	447.851
b) Verdiente Bruttobeiträge	471.986	444.601
c) Verdiente Nettobeiträge	469.124	441.914
d) Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	276.177	262.503
e) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	181.768	170.827
f) Rückversicherungssaldo	1.955	1.471
g) Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	11.865	9.709
	2025	2024
	Stück	Stück
Anzahl der mindestens einjährigen Verträge	2.174.854	2.138.721
	2025	2024
	T€	T€
Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb untergliedern sich wie folgt:		
1. Abschluss von Versicherungsverträgen	42.833	40.259
2. Verwaltung von Versicherungsverträgen	138.935	130.568
Summe	181.768	170.827

II. NICHTVERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG

Gemäß § 285 Nr. 25 in Verbindung mit Nr. 28 HGB wurden für die im Rahmen der Insolvenzsicherung von Altersteilzeitguthaben gehaltenen Wertpapiere folgende Werte zum 31. Dezember 2025 ermittelt:

	Anschaffungs-kosten	Zeitwerte	Erfüllungsbetrag Altersteilzeit	Verrechneter Aufwand (-) / Ertrag
Position	T€	T€	T€	T€
1. Deka Flex Garant TF	1.603	1.603		29
Summe Fonds	1.603	1.603		29
2. Altersteilzeitrückstellung			2.637	-26
3. Sonstiger Ertrag				3

Die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert von zu saldierendem Vermögen im Zusammenhang mit Alters-teilzeitvereinbarungen ergab keinen zur Ausschüttung gesperrten Betrag.

Gemäß § 277 Abs. 5 HGB sind in der Position „Sonstige Erträge“ Währungskursgewinne in Höhe von 4 T€ (Vj.: 2 T€) enthalten. In der Position „Sonstige Aufwendungen“ sind Aufwendungen aus der Aufzinsung der Altersteilzeit- und Jubiläumsrückstellung in Höhe von 64 T€ (Vj.: 192 T€) und Währungskursverluste in Höhe von 3 T€ (Vj.: 3 T€) enthalten.

Allgemeine Angaben

	2025	2024
	T€	T€
Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen		
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	146.548	137.039
2. Löhne und Gehälter	39.375	37.326
3. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	6.981	6.267
4. Aufwendungen für Altersversorgung	1.989	1.563
Summe	194.893	182.195

Der Abschlussprüfer Forvis Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsge-sellschaft hat im Geschäftsjahr 2025 Honorar für folgende Leistungen erhalten:

	2025
	T€
a) Abschlussprüfungsleistungen	241
b) Sonstige Leistungen	58
Summe	299

Die Forvis Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft hat den Jahresabschluss der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG sowie die Jahresabschlüsse verschiedener Tochterunternehmen geprüft. Daneben erfolgte die Prüfung der Solvabilitätsübersichten auf Einzelebene der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG sowie der Deutsche Assistance Versicherung AG.

Die sonstige Leistungen betreffen im Wesentlichen qualitätssichernde Unterstützungsleistungen im Zu-sammenhang mit der Einführung regulatorischer Vorgaben sowie eine Review-Tätigkeit.

Die Ausschüttungssperre gemäß § 285 Nr. 28 HGB in Verbindung mit § 268 Abs. 8 HGB beträgt 40.780 T€. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus den aktivierten selbst geschaffenen immateriellen Vermögensge-genständen von 2.868 T€ abzüglich zugehöriger passiver latenter Steuern von 847 T€, der Aktivierung la-nter Steuer von 38.746 T€ und der Aktivierung von Vermögensgegenständen zum beizulegenden Zeit-wert von 18 T€ abzüglich zugehöriger passiver latenter Steuern von 6 T€.

Es waren im Jahresdurchschnitt 471 Mitarbeiter beschäftigt; davon 356 Vollzeitkräfte und 115 Teilzeit-kräfte.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen 117 T€, die des Beirats 69 T€.

Die Gesamtbezüge der früheren Mitglieder des Vorstands bzw. ihrer Hinterbliebenen betrugen 896 T€. Für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen für diesen Personenkreis haben wir Pensionsrück-stellungen in Höhe von 10.760 T€ bilanziert.

An Mitglieder des Vorstands wurden keine Kredite vergeben.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2025 besteht eine selbstschuldnerische Bürgschaft gegenüber der Reha Assist GmbH in Höhe von 300 T€. Die Bürgschaft hat keine zeitliche Beschränkung. Eine weitere unbefristete selbstschuldnerische Bürgschaft besteht gegenüber der Zech Bau SE in Höhe von 4.800 T€. Aus Miet- und Leasingverhältnissen bestehen Zahlungsverpflichtungen von 4.337 T€, davon gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 3.150 T€.

Die Gesellschaft hat der Deutsche Assistance Service GmbH zur Liquiditätssicherung einen Darlehensrahmen in Höhe von 29.000 T€ eingeräumt. Zum 31. Dezember 2025 wurden hiervon 25.000 T€ in Anspruch genommen.

Die Gesellschaft hat der D.R.S. Deutsche Rechtsanwalts Service GmbH zur Liquiditätssicherung einen Darlehensrahmen in Höhe von 1.000 T€ eingeräumt. Zum 31. Dezember 2025 wurden hiervon 0 T€ in Anspruch genommen.

Die Gesellschaft hat der DA Shared Service GmbH zur Liquiditätssicherung einen Darlehensrahmen in Höhe von 1.800 T€ eingeräumt. Zum 31. Dezember 2025 wurden hiervon 1.250 T€ in Anspruch genommen.

Die Gesellschaft hat der Reha Assist GmbH zur Liquiditätssicherung einen Darlehensrahmen in Höhe von 5.500 T€ eingeräumt. Zum 31. Dezember 2025 wurden hiervon 5.000 T€ in Anspruch genommen.

Die Gesellschaft hat der CyCo Cyber Competence Center GmbH zur Liquiditätssicherung einen Darlehensrahmen in Höhe von 1.800 T€ eingeräumt. Zum 31. Dezember 2025 wurden hiervon 1.600 T€ in Anspruch genommen.

Der Jahresabschluss, Lagebericht und Bestätigungsvermerk werden gemäß den rechtlichen Vorschriften bei der das Unternehmensregister führenden Stelle offengelegt.

Angaben gemäß § 285 Nr. 14 HGB

Im Geschäftsjahr 2025 wurde die Eigentümerstruktur der Gesellschaft neu geordnet. Mit Wirkung zum 18. Dezember 2025 hat die Provinzial Next AG eine Mehrheitsbeteiligung an der Gesellschaft übernommen.

Die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG ist somit gemäß § 291 Abs. 1 HGB von der Aufstellung eines eigenen Konzernabschlusses und Konzernlageberichts befreit und wird in den Konzernabschluss der Provinzial Holding AG, Münster, einbezogen.

Infolge der Mehrheitsbeteiligung besteht seit diesem Zeitpunkt ein Abhängigkeitsverhältnis gemäß § 17 AktG. Die Provinzial Next AG ist als herrschendes Unternehmen im Sinne der §§ 291 ff. AktG anzusehen. Gleichzeitig liegt eine beherrschende Stellung im Sinne des § 290 HGB vor, sodass die Gesellschaft ab dem genannten Zeitpunkt in den Konzernabschluss der Provinzial Holding AG einbezogen wird.

Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Für das Geschäftsjahr 2025 wurde vom Vorstand am 17. März 2026 der Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt und gemäß § 312 Abs. 3 AktG folgende Erklärung abgegeben: „Wir erklären hiermit, dass nach den Umständen, die uns zu dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, unsere Gesellschaft bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhielt. Betroffene oder unterlassene Maßnahmen im Sinne von § 312 Abs. 1 AktG waren nicht gegeben.“

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind auf den Seiten 8 und 9 aufgeführt. Bezüglich der aktiven Vorstandsbezüge wird die Schutzklausel nach § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen.

Düsseldorf, den 17. März 2026

ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG

Marcus Hansen

Patricia Körner

Gewinnverwendungsvorschlag

Die Gesellschaft erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss in Höhe von 8.050 T€. Zusätzlich des Gewinnvortrags aus dem Jahr 2024 in Höhe von 11.162 T€ inklusive der gezahlten Dividende ergibt sich für 2025 ein Bilanzgewinn in Höhe von 19.211 T€.

Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, den Bilanzgewinn in Höhe von 19.211 T€ wie folgt zu verwenden:

	T€
Zahlung einer Dividende	3.183
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	0
Gewinnvortrag auf neue Rechnung	16.028
Bilanzgewinn	19.211

Bericht des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Geschäftsjahr 2025 profitierte die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG, wie auch schon in den Vorjahren, von der engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den öffentlichen Versicherern und Sparkassen. Als wesentliche Erfolgsfaktoren erwiesen sich die hohe Beratungskompetenz und die flächendeckende Präsenz der Vertriebspartner der S-Finanzgruppe.

Der Aufsichtsrat der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG erfüllte im Geschäftsjahr 2025 die ihm gesetzlich und satzungsgemäß obliegenden Aufgaben. Er überwachte die Geschäftsführung des Vorstands, der seiner Informationspflicht nachkam und den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend sowohl schriftlich als auch mündlich über die Lage der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG informierte.

Elementare Themenfelder waren der Geschäftsverlauf, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die Entwicklung des Marktumfelds, die Unternehmensplanung sowie die Risikosituation, das Risikomanagement und der Bereich Compliance. Der Aufsichtsrat befasste sich auch mit der Lage der Tochtergesellschaften des Unternehmens. In den Aufsichtsratssitzungen wurden alle relevanten geschäftlichen Aktivitäten und Entwicklungen detailliert besprochen und alle erforderlichen Beschlüsse gefasst. Der Aufsichtsrat kam im Berichtsjahr zu drei Sitzungen zusammen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG für das Geschäftsjahr 2025 wurden von der Forvis Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Alle Aufsichtsratsmitglieder erhielten den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Prüfungsbericht des Abschlussprüfers. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats im Mai teil und berichtete über die Ergebnisse seiner Prüfung. Im Anschluss an seinen Bericht wurden die Unterlagen in Gegenwart des Abschlussprüfers umfassend erörtert. Der Aufsichtsrat prüfte den Jahresabschluss und den Lagebericht und erhob keine Beanstandungen oder Einwände. Das Gremium schloss sich dem Ergebnis der Abschlussprüfung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft an. Der Jahresabschluss wurde damit festgestellt.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG, den Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern der Tochterunternehmen, dem Beirat, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Betriebsräten für die im Geschäftsjahr 2025 geleistete Arbeit.

Düsseldorf, den 29. Mai 2026

Der Aufsichtsrat

Dr. Wolfgang Breuer (Vorsitzender)

Klaus Leyh (stellvertretender Vorsitzender)

Petra Blankenstein

Dieter Pauels

Patric Fedlmeier

Stefanie Schlick

Dr. Andreas Jahn

Silke Winkler

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-Aktiengesellschaft, Düsseldorf

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-Aktiengesellschaft, Düsseldorf, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2025 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Art. 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Art. 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

BESONDERS WICHTIGE PRÜFUNGSSACHVERHALTE IN DER PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Im Folgenden stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar:

BEWERTUNG DER IN DER RÜCKSTELLUNG FÜR NOCH NICHT ABGEWICKELTE VERSICHERUNGSFÄLLE (BRUTTO) IM SELBST ABGESCHLOSSENEN VERSICHERUNGSGESCHÄFT ENTHALTENEN TEILSCHADENRÜCKSTELLUNGEN FÜR BEKANNTE UND UNBEKANNTE VERSICHERUNGSFÄLLE

Zugehörige Informationen im Abschluss

Im Anhang der Gesellschaft werden im Abschnitt „Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden“ die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wiedergegeben. Risikoangaben sind im Lagebericht im Abschnitt „Risikobericht – Versicherungstechnisches Risiko“ enthalten.

Sachverhalt und Risiko für die Prüfung

Im Jahresabschluss weist die Gesellschaft eine „Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle“ (Schadenrückstellung) in Höhe von 702,4 Mio. € (68,3 % der Bilanzsumme) brutto aus. Hieraus ergibt sich ein wesentlicher Einfluss auf die Vermögenslage der Gesellschaft.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle umfasst insbesondere die Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle, soweit die Schäden bis zum Bilanzstichtag eingetreten sind. Die Teilschadenrückstellung für bekannte Versicherungsfälle wird nach einem Gruppenbewertungsverfahren gemäß § 240 Abs. 4 HGB gebildet. Pro gemeldeten Schaden wird die pauschalierte Einzelreserve je Leistungsart und Instanz ermittelt. Für unbekannte Versicherungsfälle wird die Teilschadenrückstellung anhand von Erfahrungswerten ermittelt. Dabei kommen statistische Verfahren zur Anwendung.

Bei den zum Bilanzstichtag bereits bekannten sowie den noch unbekannten Versicherungsfällen besteht das Risiko darin, dass die noch zu erwartenden Schadenzahlungen nicht in ausreichender Höhe zurückgestellt sind. Bei den bereits eingetretenen, jedoch noch nicht gemeldeten Versicherungsfällen (unbekannte Spätschäden) besteht daneben das Risiko, dass diese nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Die bei der Bewertung der Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle zur Anwendung kommenden Methoden sowie die eingehenden Berechnungsparameter werden durch Ermessensentscheidungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter beeinflusst und die Bewertung unterliegt Unsicherheiten hinsichtlich der voraussichtlichen Schadenhöhe. Infolgedessen und aufgrund der betragsmäßigen Bedeutung der Schadenrückstellung für den Jahresabschluss war die Bewertung der Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle ein besonders wichtiger Prüfungssachverhalt.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben die von der Gesellschaft gebildeten Teilrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle wie folgt risikoorientiert geprüft:

Wir haben uns ein Verständnis von den Prozessen zur Ermittlung der Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle gemeinsam mit unseren Spezialisten mit Kenntnissen der Versicherungsmathematik verschafft. Ausgehend hiervon haben wir Aufbau- und Funktionsprüfungen hinsichtlich der wesentlichen in den Schadenregulierungs- und Reservierungsprozessen enthaltenen internen Kontrollen, die die Vollständigkeit und Richtigkeit der verwendeten Daten und der vorzunehmenden Schätzungen sicherstellen sollen, durchgeführt.

In der Folge haben wir die Angemessenheit und Richtigkeit der von der Gesellschaft verwendeten Methoden beurteilt und deren stetige Anwendung geprüft. Auf Basis einer bewussten Auswahl einzelner Schadenfälle haben wir die Berechnungslogik des Gruppenbewertungsverfahrens anhand der Aktenlage nachvollzogen und im Rahmen einer zusätzlichen zufällig ausgewählten Stichprobe die Schadenbearbeitung einzelner Schadenfälle geprüft.

Für bereits eingetretene, jedoch noch nicht gemeldete Versicherungsfälle (unbekannte Spätschäden) haben wir für die Ermittlung der Teilschadenrückstellung für unbekannte Versicherungsfälle insbesondere die Herleitung der geschätzten Anzahl der erwarteten, noch nicht gemeldeten Versicherungsfälle und deren durchschnittlicher Höhe auf der Grundlage historischer Erfahrungen gewürdigt. Darüber hinaus haben wir die Vollständigkeit und Richtigkeit der in den Berechnungen verwendeten Daten und die Angemessenheit der Berechnungsparameter sowie die rechnerische Richtigkeit der Bewertung geprüft.

Zusätzlich haben wir eigene aktuarielle Reserveberechnungen durchgeführt. Hierbei haben wir jeweils Punktschätzungen mithilfe von anerkannten versicherungsmathematischen Verfahren bestimmt, um die Auskömmlichkeit der Rückstellungen für noch nicht abgewinkelte Versicherungsfälle zu beurteilen.

Im Rahmen unserer Prüfungen haben wir uns davon überzeugt, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Schätzungen hinsichtlich der Annahmen und Parameter zur Bewertung der in der Brutto-Schadenrückstellung enthaltenen Teilrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle begründet und hinreichend dokumentiert sind.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Lageberichts:

- die im Abschnitt „Wirtschaftsbericht“ des Lageberichts enthaltene Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB.

Die sonstigen Informationen umfassen zudem:

- den Bericht des Aufsichtsrats,
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Der Aufsichtsrat ist für den Bericht des Aufsichtsrats verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW)

festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellung bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und, sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Art. 10 EU-APrVO

Wir wurden in der Hauptversammlung am 24. Juni 2025 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 24. November 2025 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2023 als Abschlussprüfer der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-Aktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Art. 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Sven Capousek.

Köln, den 31. März 2026

Forvis Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Thomas Volkmer
Wirtschaftsprüfer

Sven Capousek
Wirtschaftsprüfer

bericht

Geschäfts 2025